

VORWÄRTS

Inhalt
Nein zum Europa der Konzerne – ja zum Europa der Arbeiter
Seiten 6 und 7
Sri Lanka
Seite 8
Berlin-Wahlen
Seite 2

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 108 – März 1989

80 Pfg. – Solidaritätspreis: 2,- DM

Pflegepersonal wehrt sich Stoppt Fließbandarbeit im Krankenhaus

Was ist das für ein Gesundheitswesen? Ärzte schieben eine 30- oder 40-Stunden-Schicht und können sich nur durch Medikamente wachhalten. Krankenschwestern müssen mittlerweile für zwei, oft sogar für drei arbeiten und sind nach kurzer Zeit mit ihren Nerven am Ende. Patienten leiden darunter und müssen nach der Blim-schen Reform mehr zahlen.

Eine ganz normale Nacht in der Unfallklinik Duisburg-Buchholz. Sie gilt als höchst modernes Krankenhaus und soll noch verhältnismäßig viel Pflegepersonal haben. Ich war sieben Wochen Patient in dieser Klinik. Zwei Krankenschwestern bemühen sich redlich, die ca. 20 Patienten ihrer Station zu versorgen. Fast alle wurden gerade erst eingeliefert, frisch operiert und winnern vor Schmerzen. Im Laufe der Nacht kommen noch drei Patienten dazu. Viele können trotz Morphium, welches die Schwestern gespritzt haben, nicht schlafen.

Seelischer Beistand

Einige haben gerade erfahren, daß sie vielleicht nie mehr laufen können,

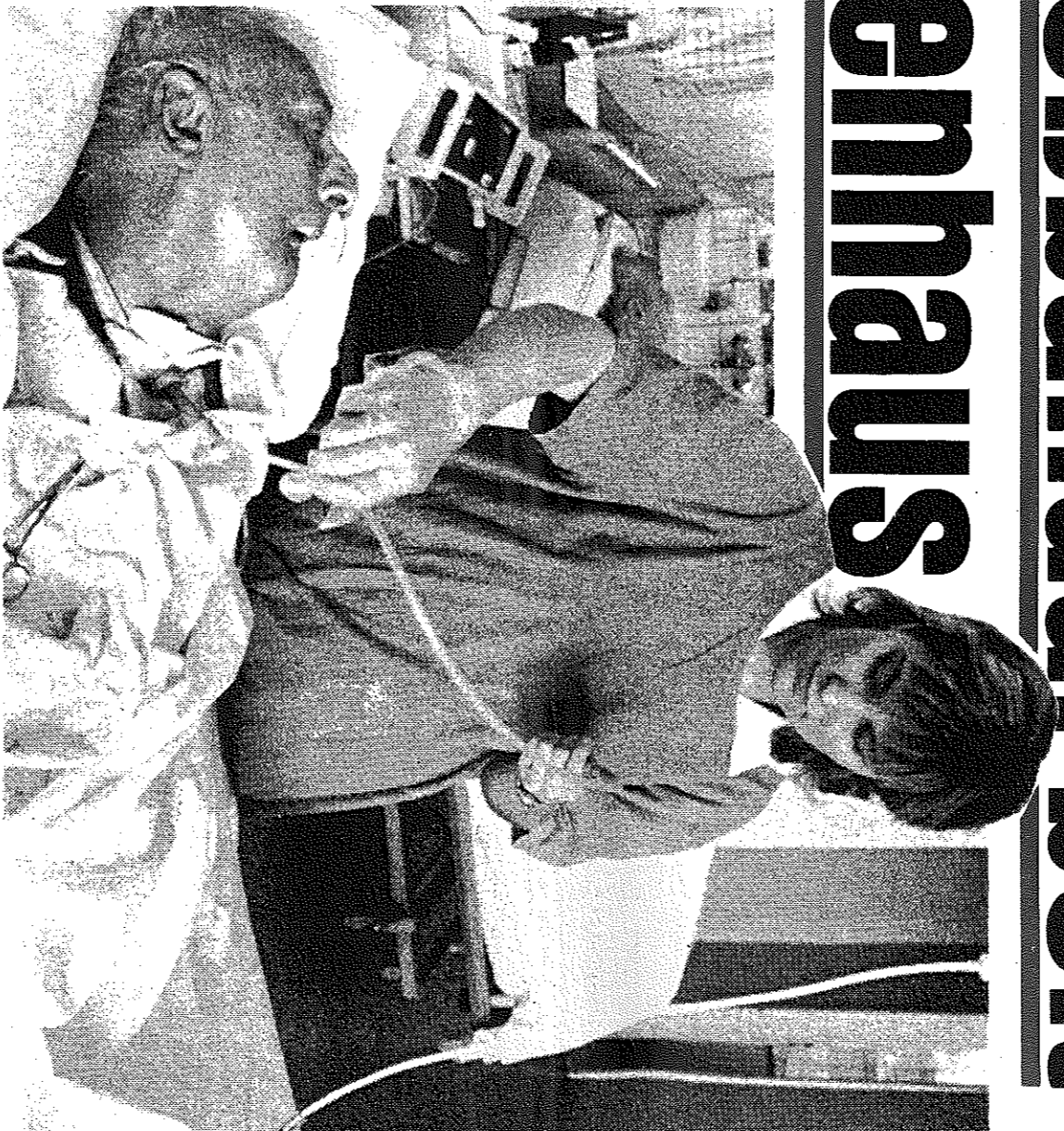
ein Pflegefall werden. Seelischer Beistand wäre not. Aber dafür hat die viel zu knappe Pflegebesetzung erst recht keine Zeit.

Auf anderen Stationen sieht es noch krasser aus. Eine Schwester oder ein Pfleger in der Nacht und am Wochenende ist normal, Entlastung ist kaum in Sicht. Was die Krankenanstalten auf der einen Seite technisch mehr bekommen, wird auf der anderen Seite menschlich weniger. Klagende Patienten hier, wärende Doktoren da, die sich beschweren, daß der Schreibkram nicht erledigt ist – Schwestern und Pfleger dienen als Preiböcke für alle.

Privatpatienten

Daß es auch anders geht, zeigt die Bevorzugung einiger Privatpatienten. Prominentestes Beispiel aus jüngerer Zeit: Als Franz Josef Strauß am 2./3. November schon klinisch tot in Regensburg lag, waren stets zehn Ärzte und Schwestern in Bereitschaft. In derselben Nacht gab es in Duisburg-Buchholz für zwei Stationen (32 Patienten) nur eine Nachtschwester. Viele Krankpfleger überall in der Bundesrepublik haben beschlossen, sich – auch im Interesse der Patienten – gegen diese unmenschlichen und gefährlichen Arbeitsbedingungen zu wehren. Wir sollten sie mit aller Kraft unterstützen.

Roland Leroy, Krefeld
Jungsozialist



Zu wenig Pflegepersonal bedeutet ständigen Streß. Für menschliche Betreuung der Patienten bleibt keine Zeit.

Zeigt Kohl die rote Karte!

Kommt zur
VORWÄRTS-
Veranstaltung

wann:
Sonntag, 16. April '89, Beginn 13.00 Uhr
Elnaß ab 12.00 Uhr

wo:
Haus „Wolkenburg“, 5000 Köln 1,
Mauritiussteinweg 59
Einsiedelstraße 7, Hallesche Marktsäule
Preis: 10,- DM



mit
Helmut Laakmann
(Krupp-Rheinhausen)
Hans Janßen
(bis 1986 Vorsitzender der
Labour Party in Liverpool)
Tony Mulhearn
(1977-86 im IG-Metall-Vorstand)
Pannach und Kunert
(Liederwächter, früher DDR)
Soweio Sounds
(mit Jan Winshne Südafrikaner)

Veranstalter:
VORWÄRTS
Zeitung der Marxisten
in der SPD

„Vorwärts“ erhalten!

Ende Januar beschloß der Parteivorstand der SPD die Einstellung des „Vorwärts“, Schatzmeister Klose begründete den Antrag auf Einstellung hauptsächlich mit finanziellen Argumenten. Sofort wurden empörte Proteste von Parteimitgliedern und Gewerkschaftern laut.

Zwar ist der „Vorwärts“ nur das bislang letzte Glied in einer ganzen Reihe von Zeitungen der Arbeiterbewegung, die in den letzten Jahren geschlossen wurden. Aber der „Vorwärts“ ist mit der Geschichte der SPD aufs Engste verknüpft. Viele befürchten, daß die Aufgabe des „Vorwärts“ verbunden ist mit der Aufgabe der Tradition der SPD als Arbeiterpartei.

Mehr Abos
durch bessere Inhalte

Die Mitarbeiter wehren sich gegen die Einstellung der Zeitung und haben sogar schon überlegt, sie in eigener Regie weiter herauszugeben. Das aber muß die Verantwortung des Parteivorstands sein! Die augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten ließen

jeder Ortsverein zwei neue Abonnenten werben würden. Das wäre eine Steigerung der Abonnenten um 100%!

Daß der „Vorwärts“ auch von den eigenen Genossen so wenig gelesen wird, liegt vor allem an den Inhalten, die er vertritt. Und das wiederum hängt eng mit der Politik zusammen, die von der Parteilührung vertreten wird. Erst wenn diese eine Politik im Interesse der Arbeiter macht, wird sie in der Lage sein, eine Zeitung herauszubringen, die von den Arbeitern gekauft und gelesen wird.

Geert Möbius, Köln
Jungsozialist



Der Kommentar

Innenpolitik kräftig aufgewirbelt

Wenn jetzt überall Landtagswahlen wären, müßte die CDU/CSU befürchten, bis auf den Süden alle Landesregierungen zu verlieren. Diese Prognose in VORAN Nr. 106 ist durch die Berliner Wahl voll bestätigt worden. Doch im Gegensatz zu unserem Leitartikel im Dezember 1988 gingen in Berlin sowohl CDU wie auch SPD-Spitze davon aus, daß bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 29.1. alles beim alten bleiben würde. Dementsprechend leer, langweilig und nichtssagend war denn auch der Wahlkampf.

Es kam anders: Die Berliner Wahl hat die westdeutsche Innenpolitik kräftig aufgewirbelt. Nach dem schockierenden Erfolg der Republikaner fielen in mehreren Orten Jugendliche spontan den Entschluß, sich in die Politik einzumischen und bei den Jusos aktiv zu werden.

Der Stimmenzuwachs der Berliner SPD (plus 4,9%) veränderte schlagartig die Stimmung vieler SPD-Mitglieder landauf landab. Hoffnung und Zuversicht, daß es bei der nächsten Bundestagswahl gelingen kann, Kohl abzusagen, sind wieder da. Dabei sind die 37,3% SPD-Anteil alles andere als überlegend: Berlin galt bis Anfang der 70er Jahre als ewige Hochburg der SPD mit Stimmenanteilen über 50%, zweimal sogar über 60%!

Wählerwanderung

CDU und FDP verloren zusammen 13,2%. Daß eine bestehende Regierung derart massiv Prozentpunkte verliert, das gab es in der Geschichte der BRD sonst wohl kaum zuvor. Die massiven Wählerwanderungen, ebenso wie die mit Abstrand niedrigste Wahlbeteiligung, zeigen an, daß heutzutage die Wähler kritischer geworden sind und alte Loyalitäten und traditionelle Bindungen immer mehr in Frage gestellt werden. Die bürgerliche Regierungsbildung in Berlin vor acht Jahren war ein Auftrakt für die bundesweite, von Kohl so genannte „Wende“. Doch die der CDU/FDP übertrügigen Berliner Wähler waren nicht bereit, der SPD einen Blanko-Scheck auszustellen.

Als 1966 die damalige Bonner CDU/CSU/FDP-Koalition auseinanderbrach, half die SPD-Führung durch Eintritt in die „Große Koalition“ der CDU/CSU aus der Patsche. Das Ergebnis waren massive SPD-Stimmenverluste bei den folgenden Landtagswahlen. Daß nun offensichtlich die Hoffnungen der CDU auf eine Große Koalition in Berlin geplatzt sind, macht deutlich, daß sich gesellschaftlich wie auch in der SPD selbst seither viel verändert hat.

Auf das „Nein“ zur Großen Koalition mit der Berliner CDU muß jetzt ein grundsätzliches NEIN zu jeglicher Koalition mit CDU/CSU und FDP in Brand und Ländern folgen. Lafontaines Versuch, bürgerliches Profil zu gewinnen und sich für eine Regierungsbildung zusammen mit der FDP bereit zu halten, läßt jedoch nichts Gutes ahnen.

Daß jetzt in verschiedenen Bundesländern die SPD-Landtagsfraktionen die alte Forderung nach Einführung des (kommunalen) Ausländerwahlrechts aufgreifen, ist ein zaghafter, längst fälliger kleiner Schritt in die richtige Richtung. Doch dies allein reicht noch nicht aus, um der Ausländer- und Asylantrahetze von CDU, CSU und Republikanern den Nährboden zu entziehen.

Spannungen in der CDU

Aufgeschreckt durch den Erfolg der Republikaner haben nun selbst CDU-Politiker „entdeckt“, daß die Prognosen für den Bestand an Wohnraum „zu hoch“ waren und daß dringend neuer Wohnraum geschaffen werden muß. „Plötzlich“ treten CDU-Kommunalpolitiker mit der Forderung nach zusätzlichem Wohnungsbau an die Öffentlichkeit. Doch gleichzeitig versuchen Teile der CDU wiederum, die Republikaner mit deutschen nationalen und ausländereindlichen Parolen noch zu überbieten. Dies und die CDU-interne Suche nach „Verantwortlichen“ für die Berliner Niederlage wird die Spannungen und Risse in der CDU gewaltig vergrößern.

Nach den hessischen Kommunalwahlen und insbesondere dem Kampf um Frankfurt bietet die Europawahl am 18. Juni (zeitgleich mit den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland) die Chance, die CDU/CSU bundesweit zu schlagen und den „Kampf um Bonn“ offiziell zu eröffnen. Doch wenn die SPD, angefangen mit der Spitze in Bonn, nicht ab sofort durch eine rege Kampagnearbeit und die Unterstützung von Arbeitern, Gewerkschaften sowie Schülern und Studenten sichtbar wird, dann droht eine niedrige Wahlbeteiligung bei der Europawahl wieder die Siegeschancen zu bremsen. Den rechten Parolen und schwammigen Versprechungen der CDU sollte die SPD ein konsequentes Programm im Interesse von arbeitender Bevölkerung und Jugend entgegenzusetzen.

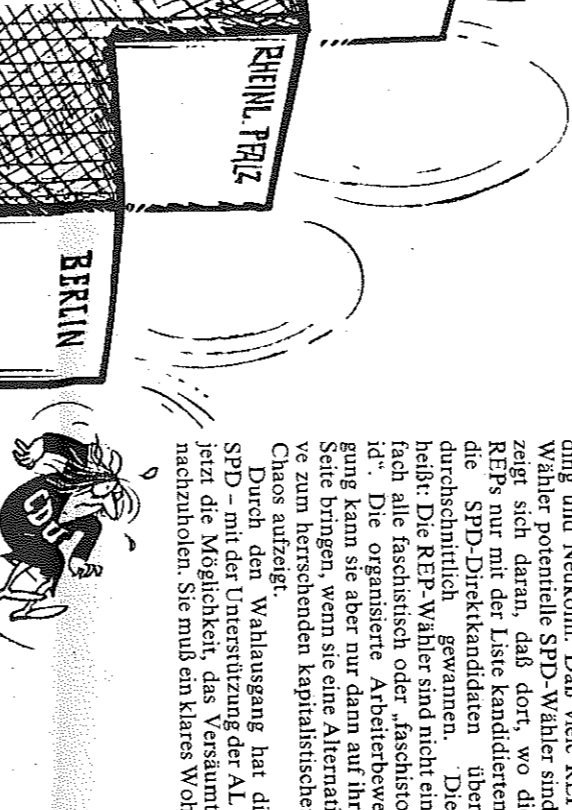
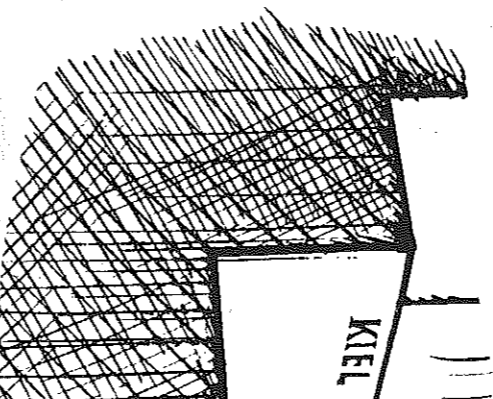
Wenn die SPD Oppositionspolitik betreibt und die SPD-regierten Parteien in Ländern und Gemeinden eine kämpferische Politik gegen die Bonner Sparpolitik einleiten, dann ist angesichts der inzwischen instabilen innenpolitischen Verhältnisse eine absolute SPD-Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl durchaus möglich. Dies - und nicht von vornherein eine „fortgrüne“ Mehrheit - sollte unser Ziel sein. Und wenn - wie in Berlin oder Hamburg - nur zusammen mit den Grünen eine Mehrheit gebildet werden kann, dann sollten die Genossen keine Angst davor haben, sich mit roter, d.h. sozialistischer Politik die Stimmen der Grünen zu sichern.

Berlin: SPD-Gewinne, aber ES WÄRE MEHR DRIN GEWESSEN

Die BRD steuert immer instabileren Verhältnissen entgegen. Dies drückt sich in den großen Wählerbewegungen der Berliner Senatswahl vom 19.1.1989 aus. Die Berliner Dieppen-Regierung hatte sich durch eine Reihe von Skandalen ausgezeichnet, wenn auch keinen von schleswig-holsteinischem Ausmaß.

Trotzdem war der Stimmeneinbruch von CDU und FDP gleich groß wie am 8. Mai 1988 in Schleswig-Holstein. Bei der Berliner Wahl verloren beide Parteien zusammen 13,2% gegen über 1985 (Schleswig-Holstein am 8.5.88: minus 13,5%).

Die Ursachen für diese heftige Niederlage von CDU/FDP sind die ver-schärften sozialen Probleme und die Angriffe der Bundesregierung auf die Arbeiterklasse. In Umfragen vor der Wahl wurden als wichtigste Themen, von denen die Berliner ihre Entscheidung abhängig machen wollten, genannt: Umweltschutz, Wohnungsnot, Sozialpolitik, Arbeitsplätze und die Folgen der Gesundheitsreform. Erst



dann folgten die Themen innere Sicherheit, Auswanderer und Ausländer. In der Berliner Bevölkerung hat sich eine sehr große Wut gegenüber „den Politikern“ aufgebaut. Ältere Arbeiter lehnen die CDU und die FDP wegen ihrer arbeitereindlichen Politik ab. Sie erinnern sich aber auch durchaus noch an die Regierungzeit der SPD, in der gerade die in Berlin tonangebende SPD-Rechte selbst Unternehmenspolitik betrieben und als korrupt galt. 56% sagten vor der Wahl aus, sie trauten keiner politischen Partei Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit zu (übrigens inklusive der Alternativen Liste). Dieser allgemeine Frust führte zu zwei Ergebnissen: einmal zur bisher massivsten Wahlenthaltung, die 20,4% betrug. Zweitens machte dieser Frust die rechtsextreme Minipartei der „Republikaner“ (REPs) stark, die, noch leichter und mit weniger Aufwand als die DVU in Bremen, mit 7,5% der Stimmen in den Senat einzziehen konnte.

Wahlenthaltung

Interessant ist, daß die niedrigste Wahlbeteiligung in der AL-Hochburg zu finden ist: In Kreuzberg ist die AL zwar mittlerweile genauso stark wie SPD und CDU, aber gerade dort war die Wahlbeteiligung mit 71,5% die niedrigste. Unter radikalen Jugendlichen in Kreuzberg hat es trotz und gegen AL eine massive Wahlboykottkampagne gegeben. Unter vielen Jugendlichen gilt die AL schon als „etablierte Partei“. Doch auch sie hatte leichte Zugewinne, weil sie - anders als die GAL in Hamburg - ohne Ultimata für Verhandlungen und eine Koalition mit der SPD eintrat.

Man muß bedenken, daß, als die AL entstand und die Berliner SPD regierte, die jetzigen Erstwähler noch kleine Kinder waren. In Berlin gibt es 100.000 (meist dauerhafte) Arbeitslose, die sozialen Probleme verschärften sich. So manche junge Arbeiter ziehen daraus den Schluß, daß die AL die Probleme also auch nicht lösen kann und verbinden mit ihr nicht mehr die Hoffnungen, die es in deren Grünungszeit gab.

Niemand war von den SPD-Gewinnen so überrascht wie der SPD-Spitzenkandidat Momper und die SPD-Führung selbst. Die SPD erlang 37,3% der Stimmen gegenüber 32,4%

Gruppen hoffähig macht, ist richtig, aber verkürzt. Die CDU als bürgerliche Partei ist gezwungen, angesichts einer verschärften sozialen Situation zugunsten der Kapitalisten und gegen die Arbeiter - das heißt auch vor allem gegen die ausländischen Kollegen - vorzugehen. Man kann die CDU nicht dafür kritisieren, man muß sie bekämpfen und eine klare sozialistische Alternative aufzeigen, die die natürlichen gemeinsamen Interessen von deutschen und ausländischen Arbeitern betont. SPD - aber auch DGB-Führung haben bislang aber nur kritisiert und von der CDU eine Änderung ihrer Politik verlangt, was völlig illusorisch ist.

Aufgaben der SPD

Die SPD-Führung sollte sich aber auch fragen, was sie selbst gegen die REPs tun kann, weil gerade in ihren Hochburgen die REPs überdurchschnittliche Gewinne verzeichnen konnte: in den Betonsiedlungs- Märktischen Viertel und Gropiusstadt und in den alten Arbeiterbezirken Wedding und Neukölln. Daß viele REP-Wähler potentielle SPD-Wähler sind, zeigt sich daran, daß dort, wo die REPs nur mit der Liste kandidierten, die SPD-Direktkandidaten überdurchschnittlich gewannen. Dies heißt: Die REP-Wähler sind nicht einfach alle faschistisch oder „fascistoid“. Die organisierte Arbeiterbewegung kann sie aber nur dann auf ihre Seite bringen, wenn sie eine Alternative zum herrschenden kapitalistischen Chaos aufzeigt.

Durch den Wahlausgang hat die SPD - mit der Unterstützung der AL - jetzt die Möglichkeit, das Versäumnis nachzuholen. Sie muß ein klares Wohnungsbau- und -sanierungskonzept vorlegen, das bezahlbaren Wohnraum für alle bereitstellt. Sie muß den Bau von Studentenwohnheimen wieder aufnehmen, sie muß dafür sorgen, daß das Berliner Hochschulgesetz zurückgenommen wird.

Sie muß Arbeitsplätze schaffen - nicht durch Subventionen, finanzielle Anreize oder Steuererleichterungen für Großunternehmen, sondern durch kommunale Arbeitsplatzprogramme. Solche Reformen durchzusetzen wird nicht einfach sein. Aber wenn sie Fortschritte für die Mehrheit der Bevölkerung anbieten, wird diese auch bereit sein, für „ihren“ Senat zu kämpfen. Und unter diesen Umständen werden die Republikaner keine Chance mehr haben.

Bruno Hof, Köln, Jungsozialist

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

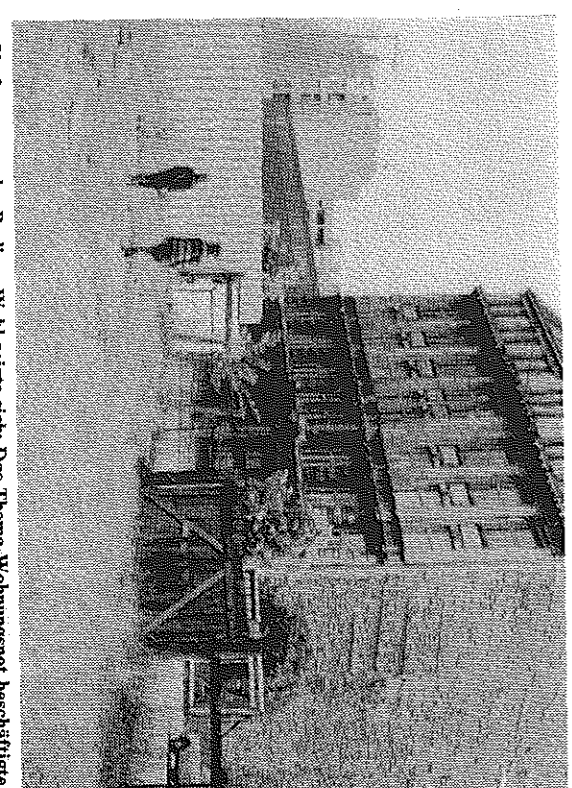
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öflinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134544

Bankverbindung: P.GiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59-430



Wir laden ein - am 16. April 1989 in Köln: Kommt zur VORAN-Veranstaltung!

„Die Wähler haben jedoch der Bonner Koalition auch des „rote Karte“ gezeigt, weil das Reformkonzept (der Gesundheitsreform, d. Red.) in sich widersprüchlich und damit nicht zu erklären ist.“ So kommentierte die sonst regierungsfreundliche bürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung am 31.1.89 das Ergebnis der Berliner Wahlen.

Gesundheitsreform, Steuerreform, Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes - wirklich genug Gründe für einen Platzverweis Kohls und seiner Regierung!

Doch so ohne weiteres werden sie nicht gehen. Deshalb werden auch VORAN-Unterstützer bis zur nächsten Bundtagswahl mit aller Kraft für eine Abwahl Kohls und einen SPD-Wahlsieg kämpfen. Am 16. April werden wir deutlich machen, daß ein Kampf gegen Kohl und Kapital möglich ist. Wir werden am Beispiel von Rheinhausen und Liverpool aufzeigen, daß die arbeitende Bevölkerung für ihre Interessen zu kämpfen bereit ist, wenn sie entsprechend mobilisiert wird. Wir werden deutlich machen, wie verheerend die Politik der Kohl-Regierung ist und wie auch in anderen Bereichen Jugendliche und Arbeiter bereit sind, sich zu wehren. Wir werden erklären, wie eine kämpferische sozialistische Politik aussehen kann.

Auftreten werden die Liedermacher Pannach und Kunert, die 1977 wegen kritischer Lieder in Leipzig (DDR)

„Lieber das Gesetz brechen als die Armen!“



Die Bevölkerung von Liverpool aber weiß, was sie an ihrer linken Verwaltung hat. Die „Militants“ legten bei den Wahlen am 8. Mai noch zu - trotz des konservativen Trommelfeuers gegen ihre Politik. So bilanzierte die DGB-Jugendzeitschrift „ran“ im Juni 1986 die Kommunalwahlen in Liverpool vom Vormonat.

Tony Mulhearn, als langjähriger Vorsitzender der Labour Party in Liverpool und Mitglied im Stadtparlament einer der führenden Köpfe des Kampfes gegen die Sparpolitik von Thatcher, wird am 16. April in Liverpool Partnerstadt Köln sein und auf der VORAN-Veranstaltung über die Lehren des jahrelangen Widerstands berichten.

Wir übersetzen Sozialismus in die Sprache von Wohnungen und Arbeitsplätzen, Sportstätten, Sozialleistungen und Lehrstellen. Wir unterstützen die Arbeiterklasse, und die Arbeiterklasse unterstützt uns - in Demonstrationen, Streiks und Wahlen“, so Tony Mulhearn im Rückblick auf die Jahre 1983-87.

Liverpool hat gezeigt, daß sozialistische Politiker trotz kapitalistischer Sachzwänge ihre Wahlversprechen halten und Reformen durchsetzen können, wenn sie die arbeitende Bevölkerung mobilisieren und ihren Kurs auch gegen Widerstände aller Art durchzusetzen bereit sind. Während andere Stadterverwaltungen in Großbritannien sich treu und brav der konservativen Steuerpolitik fügen und Arbeitsplätze, Schwimmbäder, Kindergärten und andere soziale Einrichtungen abbauen, leistete die sozialistische Ratsmehrheit und die marxistisch geführte Labour-Bezirkspartei Widerstand, der in ganz Europa

verhaßt und nach neun Monaten U-Haft in den Westen abgeschoben wurden. Das Duo „Soweto Sound“ wird südafrikanische Arbeiterlieder vortragen. Jan Wilshire, einer der beiden, ist ein Südafrikaner, der in Soweto aufgewachsen ist und in den 70er Jahren in der südafrikanischen Jugendbewegung aktiv war.

Der 16. April wird aber auch deutlich machen, daß mit VORAN eine marxistische Strömung in Jusos und SPD im Kommen ist, die sich nicht von gegenwärtigen (und doch vorübergehenden) Wirtschaftsflauten und Modeströmungen hinterhält.

Kein VORAN-Leser, kein Unterstützer und Verkäufer sollte fehlen. Und wer immer mal genauer wissen wollte, wer wir sind und was wir wollen sollte sich rechtzeitig eine Karte besorgen.

- Zu den Errungenschaften gehören:
 - 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle Beschäftigten städtischer Betriebe
 - 1000 neue Arbeitsplätze
 - Sechs neue Kindertagesstätten
 - 5000 neue Neubau-Sozialwohnungen und Stadtreisanerung unter Mitsprache der Betroffenen
 - Neuenstellung von 519 Lehrern, dadurch bestes zahlenmäßiges Lehrer-Schüler-Verhältnis im Land.
- Die hierfür notwendigen Gelder und Kredite bekam Liverpool nur deshalb von der konservativen Regierung, weil die umfassende Mobilisierung der ganzen Bevölkerung bis hin zu einem mehrstündigen Generalstreik zeigte, daß es die sozialistischen Kommunalpolitiker wirklich ernst meinen. Außerdem wurden nach der Übernahme durch die linke Ratsmehrheit bisherige Luxus- und überflüssige Repräsentationsausgaben rigoros gestrichen, was die Glaubwürdigkeit enorm steigerte.
- Mit dieser Politik konnte und kann die Labour Party in der Stadt Liverpool stets Wahlergebnisse vorweisen, die landesweit hervorstechen. Wenn der Stimmenzuwachs für Labour in

„Wir würden es wieder tun!“

Liverpool bei der Parlamentswahl 1987 sich landesweit fortgesetzt hätte, dann könnte Labour jetzt mit einer satten Mehrheit von knapp 2/3 der Parlamentsitze regieren!

„Lieber das Gesetz brechen, als die Armen“ lautet eine Devise der Liverpooler Genossen.

Amtsenthebung von 47 Stadträten durch bürgerliche Gerichte, dicke Geldstrafen, die Suspendierung der Liverpooler Bezirkspartei und der Ausschluss von Tony und elf anderen führenden Genossen durch den Parteivorstand waren die Konsequenz. Wir würden es wieder tun“, sagen Tony und viele andere heute.

Und daß auch mit Ausschüssen einzelner Genossen marxistische Ideen nicht von der Partei getrennt werden können, zeigt die Wahl der Delegierten zum letzten Labour-Jahresparlamentag: Sechs von sechs Delegierten aus Liverpool von (und sind) Unterstützer von „Militant“

IG Metall in die Pflicht nehmen



„Krupp'sche Arbeiter: Nehmt jetzt diese historische Stunde wahr, um endlich das auszunutzen, was wir ausbleiben müssen. Für unsere Familien, für unsere Kinder, für die Menschen in diesem Lande, für die Städte.“

„Seid nicht wählerisch mit Euren Mitteln. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Nur Unruhe kann die erste Bürgerpflicht des Reviers sein. Wenn der Mensch nicht im Mittelpunkt von Cromme und Co. (Krupp-Chef, d. Red.) steht, dann brauchen wir eben die Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie!“

Der Mann, der in der ersten Phase der Rheinhausener Kämpfe dies im Dezember 1987 im Ruhrgebiet ausrief, kann auf 41 Jahre aktive und auch prägende Mitarbeit in IG Metall und SPD zurückblicken. Hans Janßen war nicht nur aktiver Unterstützer des Kampfes der Krupp-Arbeiter, son-

...dann brauchen wir die Vergesellschaftung...

dern als für Tarifpolitik Verantwortlicher im IG Metall-Vorstand entscheidend an der Streikbewegung von 1984 beteiligt. Damals verfolgten Arbeiter in ganz Europa mit Sympathie und Spannung, wie IG Metall und IG Druck und Papier die 40-Stunden-Woche durchbrachen und einen ersten Schritt in Richtung 35-Stunden-Woche machten.

Entschiedener Gegner von Samstagsgarbeit



Aktive Gewerkschafter kennen Hans Janßen als den für manche unbequemen Kollegen, der 1977 auf dem Düsseldorfer Gewerkschaftstag in einer Kampfabstimmung gegen den persönlichen Referenten des damaligen Vorsitzenden Loderer, Ottmar Günther, in den Vorstand gewählt wurde. Ottmar Günther wurde danach Arbeitsdirektor bei Krupp, Hans Janßen war bis zu seinem Ausscheiden aus

Kämpfen verändert das Leben

von „Sophia-Jacoba“ und steckt viel Zeit in die Organisation des Kampfes. Jede Woche trifft sich der harte Kern der Initiative, regelmäßig finden Aktionen und Info-Abende in verschiedenen Ortschaften statt.

„Für mich hat sich das Leben und der Lebensrhythmus verändert. Jetzt



Die Kampf- und Opferbereitschaft der Rheinhausener Stahlarbeiter hat vor einem Jahr eine bundesweite Solidaritätswelle ausgelöst. Jetzt versuchen die Bergarbeiter auf der Zeche „Sophia-Jacoba“ (Aachener Revier) und ihre Frauen die positiven und negativen Erfahrungen der Rheinhausener aufzugreifen und daraus die Lehren zu ziehen.

Jutta Geyer, 30jährige Bergarbeiterfrau und Mutter von zwei Kindern, lebt seit ihrer Geburt im Hückelhoven Stadtteil Rahem. Ihr Vater hat selbst 35 Jahre unter Tage gearbeitet. Jutta ist Sprecherin der Fraueninitiativen gegen die drohende Schließung

Mit diesen Worten beendete Helmut Laakmann auf der Belegschaftsversammlung von 30.11. 1987 seine Rede, die das Signal für den Arbeitskampf gab. Obwohl nie in einer gewerkschaftlichen Funktion, wurde Helmut Laakmann so zu einem Sprecher und Symbol des monatelangen Rheinhausener Arbeitskampfes. Am 16.4. wird er über seine Erfahrungen und die Konsequenzen aus diesem Kampf berichten.

Helmut Laakmann, 40, stammt aus Duisburg. Nach acht Jahren Volkshochschule fing er als Laufjunge für die Chets der Niederhein-Hütte in Duisburg-Hochfeld an. Mit 18 Jahren begann er auf der Rheinhausener Krupp-Hütte. Dort arbeitete er sich durch innerbetriebliche Qualifizierung schrittweise zum Vorarbeiter und Meister hoch und wurde schließlich Betriebsabteilungsleiter. Inzwischen wirkt er auch in IHK-Prüfungsausschüssen mit.

„Unser Arbeitskampf hat die Leute und das Bewußtsein verändert. Unser Kampf war von einer anderen Quali-

...aus einer Niederlage muß man lernen...

strie kriselt, dann werden die Kollegen härter zur Sache gehen und mehr Ralität zeigen müssen. Vor allem wird die nächste Belegschaft die IG Metall stärker in die Pflicht nehmen müssen.“

Helmut Laakmann ist Vorsitzender des Vereins „Leben und Arbeiten in Rheinhausen e.V.“, der sich aus den Erfahrungen mit dem Arbeitskampf heraus entwickelt hat. Ebenso ist er vor einem Jahr in die SPD eingetreten, weil man auch da „von unten rein und was verändern muß“.

AG Stuttgart-Mühlhausen an...

Am 16.4. wird Kerstin berichten, wie mit sozialistischen Ideen einekonsequente Interessenvertretung möglich ist.



Schülerrat macht Schülerpower

Daß es auch im sogenannten „Wohlfahrtsstaat“ der BRD möglich ist, Schüler für ihre Interessen auf die Straße zu bringen, hat der Stuttgarter Schülerrat (SSR) bewiesen.

Als erstes organisierte er am 11. Juni 1987 einen Schülerstreik gegen die Abi-Deform, der mit einer Beteiligung von 5000 Leuten sehr erfolgreich war. Am 25. Januar 89 konnte der SSR 1000 Schüler zur Teilnahme an der landesweiten Demonstration der Lehrerwerkschaft GEW mobilisieren. Dies fand bei Schülern in ganz Baden-Württemberg Echo und Unterstützung.

Inzwischen ist der Schülerrat von 50 auf 200 Mitglieder angewachsen, und seine Aktivitäten steigern sich (vgl. auch Artikel Seite 5).

Kerstin Käfer, mit 16 Jahren wohl die jüngste Rednerin auf der VORAN-Veranstaltung, arbeitet im Vorstand des SSR mit. Außerdem gehört sie dem Kollektiv (Vorstand) ihrer Jus-

weiß ich, daß es für einen selber was bringt, sich zu engagieren. Viele der Frauen, die bisher außer zum Einkaufen nie den Fuß vor die Türe gesetzt haben, mußten sich in der Familie erst durchsetzen. Das war oft nicht immer einfach, hat aber die Familien umgewandelt und ihnen gut getan.“

Am 16.4. wird Jutta mit ihrer Familie dabei sein und über die Erfahrungen der Fraueninitiative berichten.

Unterbezirksvorsitzendenkonferenz der Jungsozialisten Gutes Forum für Erfahrungsaustausch



Mit ca. 300 Genossinnen und Genossen war die Unterbezirksvorsitzendenkonferenz am 28./29. Januar gut besucht. Nach Bonn eingeladen hatte der Juso-Bundesvorstand. Unter den Teilnehmern waren einige, die keinem Vorstandsaustausch angehört und rein aus Interesse am Erfahrungsaustausch kamen. Überraschend viele waren 25 Jahre alt und jünger.

Von allen am ersten Tag angebotenen Arbeitskreisen war der AK Kommunales der besucht. Wer jedoch nun auf eine Einleitung über Strategie und Zielsetzung sozialistischer Kommunalpolitik hoffte, wurde enttäuscht. Die Genossin vom Bundesvorstand, die den Arbeitskreis leitete, forderte lediglich zur Vorstellung der Teilnehmer und zur Diskussion auf.

Diese war bestimmt von den in mehreren Bundesländern bevorstehenden Kommunalwahlen. Einige Unterbezirke haben deswegen Kommunalwahlprogramme erarbeitet. Inhaltliche Schwerpunkte waren hier vor allem Verkehrspolitik, Wohnungsmangel und die Situation von Frauen.

Unterschiedliche Einschätzungen gab es zur Gemeinderatsvertretung der Jungsozialisten. Viele beklagten die mangelhafte Information über die Vorgänge in den Kommunalparlamenten, solange kein Mandatsträger aus den eigenen Reihen existiert. Es sei oft einfacher, über Abgeordnete der Grünen an Informationen zu gelangen, als über „Betonköpfe“ der eigenen Partei, die seit Jahrzehnten im Gemeinde- bzw. Stadtrat sitzen.

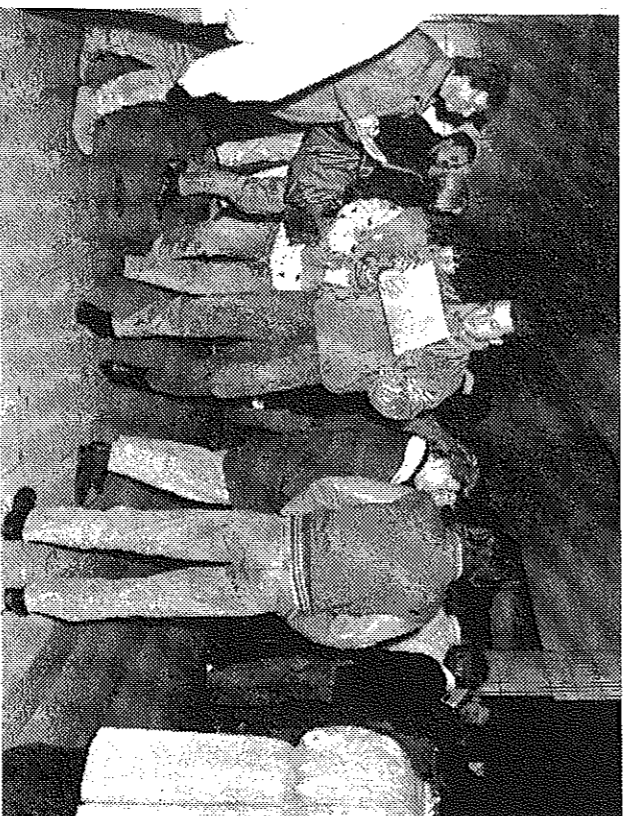
Arbeit im Gemeinderat

Dies kann natürlich nicht der einzige Aspekt für eine Kandidatur sein. Wenn Jungsozialisten für Gemeinderäte kandidieren, so sollten sie das in erster Linie als Sozialisten und erst in

Nachahmen antreiben.

Der Arbeitskreis bot so ein gutes Forum für den Austausch von Erfahrungen und Material, was für die Arbeit vor Ort eine große Hilfe darstellte. Eines muß Sozialisten klar sein: Es darf keine Trennung zwischen Kommunal- und sozialistischer Politik im Sinne von Minimal- und Maximalprogramm geben unter dem Motto: Weltpolitik ist Nicaragua, deutsche Politik ist Bundeswehr und Kommunalpolitik sind öffentliche Toiletten und Zigarettenautomaten. Sozialistische Kommunalpolitik heißt: Erkennen sozialer Mißstände, sie beim Namen zu nennen sowie Ursachen und Zusammenhänge darzustellen und aktiv für deren Beseitigung einzutreten. Das heißt: Wenn das Automobil Vorfahrt vor dem Öffentlichen Personennahverkehr hat durch die bekannte Fahrpreispolitik, so liegt das im Interesse der Automobilindustrie. Hier kann der Kampf für den Nulltarif ansetzen. Und wenn Wohnraum zugunsten von Versicherungen vernichtet wird und Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, liegt das im Interesse von SpekulantInnen. Auch hier gibt es vor Ort viele Möglichkeiten, konkrete Verbesserungen zu erreichen.

Am späten Samstagsnachmittag begann die Debatte um die Umsetzung der „Feminisierung des Verbaudes“. Schnell wurde klar, daß vielen Anwesenden nicht klar war, was damit ge-



Wohnungsnot: Hier gibt es vor Ort viele Möglichkeiten, konkrete Verbesserungen zu erreichen.

zweiter Linie als junge Genossen tun. Wichtig ist vor allem ein starker Unterbezirk, ansonsten gehen einzelne Jusos im Gemeinderat ganz einfach unter. Entweder man bleibt dann Sozialist und fällt nach einer Legislaturperiode wieder raus, oder man vollzieht die klassische „Diagonalkarriere“ – von links unten nach rechts oben!

Eine vom Bundesvorstand angeregte Jugendquote in den SPD-Gemeinderatsaktionen wäre daher zur Durchsetzung sozialistischer Kommunalpolitik völlig ungeeignet.

In der Diskussion wurden viele Beispiele für die Mobilisierung vor Ort gegeben: die Gründung und Unterstützung von Mieterinitiativen, Durchführung des Schwarzfahrertages in Stuttgart gegen Fahrpreiserhöhungen und für Nulltarif; öffentliches Schwarzfahren mit umgehängten Plakaten sowie Herausgabe des Kommunalwahlprogramms. Köln muß erlösen „der Köhler Genossen“. Verbreitung eines Kommunalblattes durch die Jusos in Gortleben gegen den Willen der örtlichen Partei und anderes

meint war. Doch das war nicht deren Schuld. Die führenden Genossinnen und Genossen auf Bundesebene hatten es versäumt, eine Struktur in die Diskussion zu bringen und zur Einführung klare inhaltliche Worte zu sprechen.

„Feminisierung“

Bemerkenswert war lediglich ein politischer Punkt, den eine Genossin zur Klärung des Begriffes „Feminisierung“ brachte. Sie erklärte, „Feminisierung“ hieße mehr als die bloße Steigerung des Frauenanteils bei den Jusos und deren Gremien durch Quotenregelung. „Feminisierung“ sei das Zurückführen aller gesellschaftlichen Fragen und Konflikte auf deren Kern – die Unterdrückung der Frau. Sie brachte auch ein Beispiel dafür: Bei der Forderung nach einem Nachttaxi für Frauen müsse man die besonders bedrohte Situation von Frauen zum Thema machen, die nachts unterwegs sind. Das ist zweifellos richtig. Doch die Genossin sagte weiter, man dürfe keineswegs auch Verbesserungen für Männer for-

rigen Situation der Frauen ablehnen würde. Hier geht die „Feminisierung“ in die falsche Richtung. Statt der gemeinsamen Interessen lohnabhängiger Frauen und Männer werden die trennenden Umstände betont.

Gemeinsamer Gegner

Eine sozialistische Position wäre es, wenn die Forderung nach einem verbesserten und billigeren Öffentlichen Nahverkehr für alle an dem Thema Nachtaxi für Frauen angeknüpft wird. So kann die Bedrohung von Frauen im Gespräch bleiben, der Kampf für Verbesserungen verallgemeinert und verbreitert und der gemeinsame Gegner der Arbeiterinnen und Arbeiter – in dem Fall die Autokonzerte, die Regierung oder das Bundesbahnmanagement – benannt werden.

Am Sonntagmorgen erschien der Parteivoritzende Hans-Jochen Vogel, um sich bei einer Talk-Show von dem Juso-Basis befragen zu lassen. Aus dem Publikum kamen viele kritische Beiträge zu inhaltlichen Schwierigkeiten, die Jusos mit der Mutterpartei haben und zur Behinderung von Juso-Arbeit durch Parteigliederungen.

Bessere Vorbereitung nötig

Vogel gelang es jedoch, sich um die Beantwortung fast sämtlicher Fragen im lockeren Plauderton herumzu-

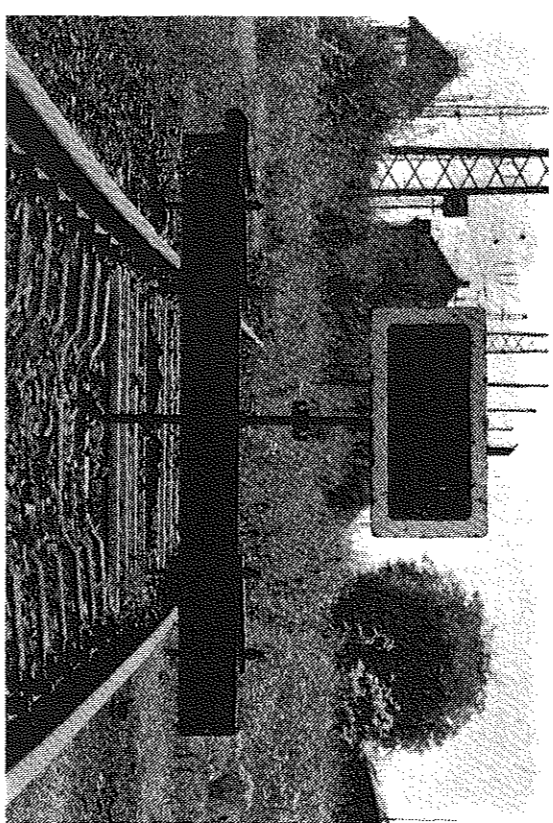
Angst vor Arbeitslosigkeit

Suche nach radikaler Lösung

Die BBS 2 (Berufsbildende Schule 2) in Göttingen ist mit ca. 3000 Schülern die größte Gewerbeschule in Südniedersachsen. Viele heutige Handwerker kamen hier zum ersten Mal eine Feile, einen Hobel oder eine Meierkelle in die Hand gedrückt. Bevor man nämlich in jene Jahre kommt, welche keine Herrentjahre sind, hat man in Stuhndressen das Berufsgrundbildungsjahr in Metall-, Holz-, Bautechnik oder Agrarwirtschaft zu absolvieren.

Obwohl knapp 100% der fast 500 Berufsgrundbildungs-Absolventen eine Ausbildungsstelle bekommen (wenn es auch nicht immer der Traumberuf ist), herrscht oft große Angst vor Arbeitslosigkeit. Ebenso ergeht es zahlreichen Berufsschülern, denen nach Beendigung der Ausbildung eine unsi-

drücken. Von der Juso-Seite aus würde zu wenig nachgehakt, obwohl Vogel inhaltlich sehr schwach war. Hier kann sich zwar jeder an die eigene Nase fassen, doch wäre vor allem eine bessere Vorbereitung des Bundesvorstandes nötig gewesen, um Vogel inhaltlich anzupacken und klare Juso-Alternativen zu formulieren. Doch die auf Bundesebene führenden Genossinnen und Genossen hielten sich zurück, was dazu führte, daß Vogel poli-



Statt Stillelegung Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs war eine Forderung der Jusos.

Bild-Zeitung und andere bürgerliche Hetzpropaganda geben der Ausländerfeindlichkeit neue Nahrung. Die ungetobete Konkurrenz läßt schnell rassistische Vorurteile aufkommen. Toilettenkabinienvik wie „Tod den Ausländern“ oder „Der Führer kommt wieder“ und FAP-Aufkleber, die das „Großdeutsche Reich“ verkünden, sind die krassen Beispiele dafür, wohin die Angst vor sozialem Abstieg führen kann.

Skinheads

Und die Nazis wissen, daß es für sie ein gewisses Potential auch an Berufsschulen gibt. Göttingen, die einzige Stadt, in der noch der 68er Geist herrscht, wie der Spiegel vor zwei Jahren schrieb, ist genauso, wie zum



Neo-Nazi Kithnen und seine Schlägertruppe: Manche Jugendlichen erscheinen sie als die ehechere Zukunft droht.

Und dann sind eben da die Südländer, Orientalen und Asiaten, die ins Land kamen, um die Arbeit zu klauen. Da fühlt man sich als Deutscher nicht nur im Stolz verletzt, da weiß man, wer schuld ist am Dilemma der Arbeiter.

tisch nicht konsequent genug angegangen wurde.

Daß die Konferenz eine gute Idee und notwendig war, ließ sich an der guten Beteiligung ablesen: Fast alle Unterbezirke waren vertreten. Besonders groß war die Beteiligung der ländlichen Gebiete, die sonst von den Zentren der Juso-Arbeit abgeschnitten sind. Gerade diese Genossen hatten von der Konferenz mehr Anregungen für ihre Arbeit vor Ort erwartet und wußten teilweise am Schluß nicht, was sie von der ganzen Sache halten sollen.

Eine UB-Vorsitzenden-Konferenz sollte auf jeden Fall wieder stattfinden. Aber es ist die Aufgabe des Bundesvorstandes und des Bundesbüros, diese nächstmal so vorzubereiten, daß sie nicht so abgehoben und konzeptionslos vor sich hinplätschert und alle etwas davon haben.

Stefan Fishn, Stuttgart, und
Claus Ludwig, Braunschweig,
Besucher der
UB-Vorsitzendenkonferenz

oder in Diskotheken in Stimmung.

FAP-Führer Polacek wollte vernünftig auch seinen kahlköpfigen Freunden Stimmung verschaffen, als er 80 Karten für das „Tote-Hosen“-Konzert in Göttingen besorgte. Als das Konzert verschoben wurde, konnten sich wenigstens am Wiederholungsstag die aus Hannover, Braunschweig oder Northeim angereisten Skinheads mit der Polizei am Bahnhof amüsieren.

Bei der politischen Resignation, die sich unter vielen Jugendlichen ausgebreitet hat, weil die großen Parteien keine Perspektive zu bieten haben, erscheinen FAP und ihre Neo-SA als diejenigen, die am radikalsten gegen bestehende Mißstände vorgehen. Endlich jemand, der etwas „tut“.

Alternativen

Gerade weil an Berufsschulen das Problem so aktuell ist, müßte hier der Keil gesetzt werden. Um dem Neofaschismus den Nährboden zu entziehen, müßte die SPD in ihr Programm gerade die Probleme von Berufsschülern und Auszubildenden miteinbeziehen. Sozialistische Alternativen gegen Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot oder auch Umweltp Probleme müßten von ihr offensiv vertreten werden, um jugendlichen Klarzumachen, daß der Faschismus kein Ausweg ist.

Zwar ist ein energischer Aufklärungsunterricht über Rechtsradikalismus wichtig. Doch der konventionelle Anti-Nazi-Unterricht sieht meistens so aus, daß der Lehrer seine Schuldgefühle auf die Schüler zu übertragen versucht. Das löst nur Trotsreaktionen aus. Es sind nicht die Schrecken des Faschismus, die den von Arbeitslosigkeit Verängstigten abstoßen. So zynisch es klingt: Die Brutalität des Nazi-Faschismus tut als Aggressionsventil oft sogar eine gewisse Faszination aus.

Hier müssen Jusos und Gewerkschaftsjugend eine wichtige Rolle spielen, indem sie vor allem auch Jugendlichen in der Ausbildung oder arbeitslosen Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich aktiv im Kampf für die Verbesserung ihrer Lage zu engagieren. Selbst Jugendliche, die sich rechtsradikalen Jugendbänden angeschlossen haben, können durch Erklärung der wahren Ursachen ihrer misseriösen Lage und durch das Angebot von Aktionen vom Rechtsradikalismus abgebracht werden und für sozialistische Ideen gewonnen werden.

Christian Römer, Göttingen

Gegen Flexibilisierung zu Lasten der Beschäftigten

Der Ruf nach Flexibilisierung der Arbeit wird immer lauter. Wochenendarbeit, Teilzeitarbeit, Dienstleistungsabend – die Errungenschaften der organisierten Arbeiterbewegung werden vor allem mit den Hinweis auf die „Konkurrenzfähigkeit“ abgebaut. Manche Gewerkschaftsführer helfen dabei kräftig mit. So zum Beispiel Hermann Rappe mit seinem „Ja“ zur Wochenendarbeit aus „wirtschaftlichen Gründen“.

Zu diesem Thema verabschiedete die Juso-AG West im Unterbezirk Kassel folgenden Antrag zum Bundeskongreß der Jungsozialisten.

Zur Flexibilisierung der Arbeitszeit beziehen die Jungsozialisten eine klare Position. Wochenendarbeit, Dienstleistungsabend und Teilzeitarbeit dienen zur Profitsteigerung der Unternehmer und sind nicht im Sinne der Beschäftigten.

Die Durchsetzung der Wochenendarbeit bedeutet eine totale Unterordnung des Menschen unter die Maschine im Interesse des Kapitals und seiner Vertreter. Errungenschaften der Arbeiterbewegung wie die 5-Tage-Woche werden dadurch vernichtet. Die Jungsozialisten lehnen diese Flexibilisierung der Beschäftigten im Sinne der Unternehmer ab und stellen folgende Forderungen auf:

Forderungen

1. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung bis zur vollständigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitszeit soll auf sieben Stunden an fünf Tagen verteilt sein. Eine Vorterrolle sollen die SPD-regierten Länder, Städte und Gemeinden einnehmen, indem sie bei ihren Beschäftigten sofort die 35-Stunden-Woche einführen.
2. Allgemeines Verbot von Wochenendarbeit. Gesellschaftlich notwendige Wochenendarbeit (z. B. Pflegedienste, medizinische Versorgung) muß mit entsprechender Freizeit und mit Lohnzuschlag ausgeglichen werden.
3. Kein Dienstleistungsabend im öffentlichen Dienst und Einzelhandel.
4. Teilzeitarbeit nur bei voller sozialer



Durch Flexibilisierung wird die gemeinsame Freizeit von Familien, Freunden und Bekannten immer weiter eingeschränkt.

Anti-„Republikaner“ Demo in Nürnberg Provokation durch Polizei

Die Berlinwahl bedeutet nicht nur für die schönhuberschen „Republikaner“, sondern für die rechtsextreme Szene überhaupt einen Erfolg auf ganzer Linie. Immer selbstbewußter und frecher können sie jetzt in der Öffentlichkeit auftreten. Sie nutzen die Berichterstattung der gesamten Medienlandschaft aus, um nationalistische und ausländerfeindliche Forderungen zu verbreiten.

Natürlich werden besonders Schönhubers Äußerungen von SPD, Grünen und sonstigen linken Gruppierungen sehr kritisch betrachtet, jedoch beschränkt sich diese Kritik in der Hauptsache darauf, mit langem Zeigefinger auf Schönhubers SS-Vergangenheit und auf die „unmoralischen“ Werbekampagnen dieser Partei hinzuweisen.

In diese Richtung ging auch die Nürnberg SPD, die gemeinsam mit anderen linksorientierten und antiautokratischen Gruppierungen am 1.2.89

zu einer Kundgebung gegen eine Veranstaltung der bayerischen „Republikaner“ aufrief. Der Erfolg war überwältigend. Über tausend überwiegend jugendliche kamen zur Kundgebung. Bei dieser Masse war es der Polizei nicht möglich, die Leute daran zu hindern, den Kundgebungsort zu verlassen und direkt vor das Veranstaltungsgelände zu ziehen.

Provokationen

Mit Sprechchören wie „Wir brauchen keine Nazi-Schweine“ und „Ausländer bleiben – Nazis vertreiben“ machten sie den Teilnehmern der Veranstaltung klar, was sie von deren Politik halten.

Eines war jedoch von vornherein klar: Ziel der bayerischen Staatsregierung würde wieder einmal sein, antiautokratische Demonstranten als Randalierer zu kriminalisieren. Dies erreichte man am besten mit gezielter Provokation

von Seiten der Polizei. Und tatsächlich war auch diesmal die speziell für diesen Zweck geschulte Sonderinheit „USK“ der bayerischen Polizei vertreten, mit Helmen, Schilden und Allzweckschlagstöcken bewaffnet, und bekannt für den nicht gerade zimperlichen Umgang mit Demonstranten.

Zwar gelang es ihnen nicht, trotz eines unglaublich brutalen und völlig grundlosen Angriffs mitten in den Pulker der Demonstrierenden, eine große Keilerei zu provozieren, aber sie erreichten damit, die Menge zu zersplittern und bei kleineren Zusammenstößen die Aggressionen auf die Polizei zu lenken.

Und genau diese kleineren Vorfälle wurden am nächsten Tag in der Presse breitgetrieben. Da war nicht mehr die Rede von einer Gegenkundgebung gegen die „Republikaner“, sondern von „Krawallen im Stadtpark“ mit zerbombten Scheiben und mehreren Verletzten.

Ordner

Die Lehre daraus: Wir müssen die Gewerkschaft der Polizei stärken in unsere Aktionen miteinbeziehen. Außerdem wären von uns gebildete Ordnertrupps sinnvoll, die uns vor Übergriffen der Sondereinheiten schützen und verhindern, daß deren Provokationen zu dem gewünschten Ergebnis führen.

Mit solchen Demonstrationen allein werden wir auf keinen Fall die Wähler der „Republikaner“ für uns gewinnen, sondern eher in ihrer Meinung über „kommunistische Aggressoren“ bestätigen. Schönhuber und Konsorten können aber nur solange mit ihren Forderungen Wähler anziehen, bis die SPD die Ursachen für Ausländerfeindlichkeit bzw. Sozialneid aufdeckt und einen Ausweg aufzeigt.

Andrea Pfeiffer, Nürnberg
Jungsozialistin

dem bewirkt, was die Unternehmer versprechen: Arbeitsplatzvernichtung statt Schaffung von Arbeitsplätzen ist die wirkliche Folge.

Die Aufsplitterung von Arbeitszeiten führt zur Erschwerung der gewerkschaftlichen Tätigkeit und ist somit auch ein Angriff auf die Gewerkschaften. Die Flexibilisierungsoffensive der Unternehmer, besonders aber die Teilzeitarbeit zielt eindeutig auf die Schwächung der Kampfstärke zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. Denn wer wollte nicht lediglich vier Stunden täglich arbeiten – sicherlich auch die, die auf das Gehalt aus Vollzeitarbeit angewiesen sind.

Teilzeitarbeit

Da Teilzeitarbeit Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich ist, könnte die überwiegende Zahl der Beschäftigten von dieser Arbeitszeitverkürzung keinen Gebrauch machen. Besonders hart von der Teilzeitarbeit sind Frauen betroffen. Über 90% der Teilzeitarbeitsplätze sind von Frauen besetzt. Dies sind meistens Arbeitsplätze von schlechter Qualität ohne volle soziale Sicherung und gewerkschaftlichen Schutz. Der Urlaubsan-

1. Köhner Kinder- und Jugendtribunal Utopie machbar - bloß wie?

An einer Wand über ein großes Transparent, auf das die über 100 anwesenden Jugendlichen ihre Wünsche schreiben konnten. Dort standen Forderungen wie „Keine Schulaufgaben“, „Lernen ohne Leistungsdruck und Noten“, „Nulltarif“ und vieles mehr. Auch die Forderung nach einem Freizeitle und Jugendzentrum, das selbstverwaltet und materielle und personell gut ausgestattete sein müßte, konnte man lesen.

Dieses Transparent wurde gestaltet auf dem „Ersten Köhner Kinder- und Jugendtribunal“ (Kökijurit), das Jusos, Falken, Naturfreunde und Junge Pioniere am 28.1. in Köln durchführten. Das Motto der Veranstaltung lautete: „Utopie machbar“.

Aber Forderungen aufstellen ist eine Sache, sie durchzusetzen eine andere. Dazu wird es nicht ausreichen, das Transparent mit den Forderungen an den SPD-Bezirk zu schicken. Das zeigte sich schon in der Diskussion mit prominenten Politikern aus der Partei. So antwortete einer der führenden Köhner Parteigenossen auf die Frage einer jungen Genossin, ob es denn Möglichkeiten gäbe, neue Arbeitsplätze zu schaffen: „Wir können nichts versprechen“.

Die Themen, an denen den Jugendlichen am meisten lag, waren Schule, Ausbildung, Arbeit, Freizeit, Umwelt und Frieden. Leider äußerte keine der anwesenden Jugendgruppen konkrete

In Stuttgart kämpften Schüler und Lehrer gemeinsam

In Baden-Württemberg will die Landesregierung den Tarifvertrag für die Landesbeschäftigten nutzen, um ihren Landehaushalt zu sanieren. Im Tarifvertrag 1988 haben die Beschäftigten auf eine spätere Lohnhöhung verzichtet und eine Arbeitszeitverkürzung erkämpft. Die Landesregierung hätte jetzt im Gegenzug neue Stellen schaffen sollen.

Statt dessen will sie die Arbeitszeitverkürzung ohne Neuschaffung von Stellen umsetzen. Die Lehrer sollen drei Tage mehr Ferien bekommen. Die Landesregierung spart damit insgesamt 750 Millionen DM auf dem Rücken der Landesbeschäftigten ein. Gegen diese Pläne fand am 25.1. eine Großkundgebung der GEW und der ötv in Stuttgart statt. 20.000 Beschäftigte, vor allem Lehrer, beteiligten sich.

Der Stuttgarter Schülerrat führt seit den Wehrnachschüssen eine Kampagne gegen Späths Pläne. Vor der Kundgebung der Gewerkschaften organisierten vier eigene Schüler-Demos mit über 1000 Teilnehmern. Uns Schülern geht es aber um mehr als nur die Neu-

spruch ist geringer, die Verträge sind meistens zeitlich begrenzt und haben oft nur 14-tägigen Kündigungsschutz. Die Aufsteigechancen sind gleich Null.

Frauen sind oft gezwungen, einen derartigen Teilzeitjob anzunehmen, weil Haushalt und Kindererziehung ihnen keine Zeit für Vollzeitarbeit lassen. Die Frau und der Mann müssen die Möglichkeit haben, auch ganztagig zu arbeiten. Deshalb die Forderung nach kostenlosen Kindergärten, kommunalen Restaurants und Wäschereien.

Teilzeitarbeit sollte aber nur eine Übergangsform sein, um auch Frauen die Berufstätigkeit zu ermöglichen. Bei drastischer Arbeitszeitverkürzung wird diese Arbeitsform überflüssig. Die Flexibilisierung hat aber auch tiefgreifende gesellschafts- und familienpolitische Auswirkungen. Die gemeinsame Freizeit von Familien, Freunden und Bekannten wird immer weiter eingeschränkt. Die Kindererziehung und die Hausarbeit kann immer weniger zusammen bewältigt werden. Es findet eine Vereinzelung in der Gesellschaft statt.

Der Flexibilisierungsoffensive der Unternehmer setzen die Jungsozialisten eine Offensive für drastische Arbeitszeitverkürzung, Verbot von Wochenendarbeit und Vergesellschaftung der Hausarbeit in Form von kostenlosen Kindertagesstätten, Restaurants und Wäschereien entgegen. Denn nur dies macht die Lohnabhängigen flexibel und erhöht ihr Maß an individueller Lebensgestaltung.

Frank Klohes, Kassel
Jungsozialist

Vorstellungen über eine Strategie zur Durchsetzung dieser Forderungen. Zwischen durch sang eine türkische Folklorengruppe fabelhafte Lieder aus verschiedenen Teilen der Türkei. Für die Kleineren gab es einen Film der Stadtpiraten, Puppentheater und Schattentheater. Die Naturfreunde zeigten ein selbstgezeichnetes Video und analysierten Wasserpflanzen aus dem Rhein.

Die Revue zum Thema „Freizeit“ von den Falken war der Höhepunkt des Nachmittags. Sie stellte die geschichtliche Reise einer Jugendlichen unter dem Aspekt der Freizeit dar. Von der Steinzeit zur Oktoberrevolution, über die Zeit der Nazis, der Flower-Power-Generation bis zum heutigen Tage, wo der Unternehmer unsere Freizeit immer stärker vernarrt. Für viele sind so Sport, Kino, Konzerte, Erholung und ähnliches unbezahlbar geworden. Abends spielte noch die – lange und heiß erwartete – Rockband Wolfrock.

Der Juso-Unterbezirksvorstand hatte auf die Transparentwand geschrieben: „Jetzt erst recht!“ Dieses Motto müssen wir aufgreifen und gemeinsam für unsere Forderungen kämpfen. Am besten mit einem starken sozialistischen Jugendverband.

Carmen Wenzke, Köln,
Jungsozialistin

einstellung von Lehrern. Wir fördern: – Kein Drei-Fächer-Studium (in Baden-Württemberg sollen in Zukunft Lehrerstudien drei statt bisher zwei Studienfächer belegen müssen) – Rücknahme der Wehrdienstverlängerung; keine Kürzung des 13. Schuljahres zugunsten der Bundeswehr – Flächendeckendes Netz von Gesamtschulen – Wiedereinführung von Schülerbeförderung – Eine anerkannte Landesschülervertretung.

Zur Durchsetzung unserer Forderungen und zur Unterstützung der Lehrer führte der Stuttgarter Schülerrat am 20. 2. einen Schülerstreik durch.

Jan Kanzleiter, Stuttgart
Mitglied des Stuttgarter Schülerrats

Letzte Meldung:

Der Streik war außerordentlich erfolgreich. Ca. 20.000 Schüler in Stuttgart und im Umland beteiligten sich am Streik. 15.000 waren auf der Demonstration. Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Ausgabe.



Demonstration in Nürnberg: Die Presse redete nicht von einer Gegenkundgebung gegen die „Republikaner“, sondern von „Krawallen im Stadtpark“.

Nein zum Euro ja zum ERM

Silvester 1992 sollen die knallenden Sektorken nicht nur das neue Jahr begrüßen. „Der EG-Binnenmarkt ist da“, heißt dann die Neujahrsbotschaft in den zwölf Mitgliedsländern, wenn es nach dem Willen des Weißbuches der EG-Kommission geht.

Völlig freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr; keine Grenzformalitäten, keine Zollkontrollen mehr; einzelstaatliche Regierungen und europaweite Vorschriften; zwölf Währungs- und Steuerpolitik betreiben: Das soll Europa reichen Segen bringen, nämlich

- 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze,
- ein 2% höheres Wirtschaftswachstum und
- einen Gesamtnutzen von 410 Millionen DM (200 Mrd. ECU).

Wenn dann auch noch berufliche Abschlüsse und Hochschuldiplome europaweit gültig sind, wenn die Arbeitnehmer zum Geldverleihen nach Lust und Laune ins Nachbarland umziehen können ohne Scherereien wegen der Außenhalts- oder Arbeitserlaubnis zu haben, wenn die Magnetkarte in alle Geldautomaten der „Gemeinschaft“ paßt, dann ist die Zeit der Nationalstaaten ja fast schon überwunden, oder?

Der Frieden wird sicherer, die Umwelt gesund und Europa Nummer 1 in der Welt . . .

Nichts Neues

Das ist nicht das erste Mal, daß dieser Traum geträumt wird. Schon im Vertrag von Rom 1957 schlossen sich die BRD, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten zur Bildung der „Europäischen Atomgemeinschaft“ (Euratom)

Bereits 1965 stand die EWG vor einer Zerreibprobe, als Frankreich alle Sitzungen der Gemeinschaftsorgane sieben Monate lang boykottierte. Als absehbar war, daß die hochgesteckten Ziele 1972 nicht erreicht werden können (eine einheitliche Währung für die EG, ein einheitlicher Binnenmarkt), beschlossen die Mitgliedsregierungen 1970 die „Wirtschafts- und Währungsunion auf 1980 zu verschieben.

Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 und der unstrahlige Dollar ließen dieses Vorhaben schnell platzen. Auch 1980 wurde es mit der „Europa-Union“ nichts. Die EG wurde stattdessen von schweren inneren Auseinandersetzungen geschüttelt. Jede nationale Kapitalistengruppe griff auf ihren „eigenen“ Staatsapparat zurück, um die Konkurrenz zu besiegen. Jeder ist sich selbst der nächste. Nach mehreren vergeblichen

ner Zentralbank und einem Steuersystem, der es in der Welt sogar zur Supermacht bringen könnte, die den USA und der UdSSR ebenbürtig wäre.

Allerdings haben nicht alle Staaten von der EG zu gleichen Teilen profitiert – und nicht alle Klassen. Außer einkaufenden Gewinnlern gibt es auch solche, die draufzahlen. Die Entwicklungsumterschiede zwischen den verschiedenen europäischen Regionen sind heute größer denn je, obwohl eines der feierlich proklamierten Ziele der Gründungsverträge war, eben dieses Gefälle in Lebensstandard, Beschäftigung und Wirtschaftskraft in Europa einzuebnen.

Die gemeinsame Wirtschaftspolitik der EG in den Bereichen Kohle, Stahl und Schiffsbau besteht in einer staatskapitalistischen, geplanten Vernichtung der Überkapazitäten, die zwischen den entsprechenden Konzernen, den nationalen Regierungen und der EG-Kommission ausgehandelt wird. Der Profit zählt dabei als wichtigstes Argument, die Verringerung eventueller Verluste (die im kapitalistischen Geschäft ja hin und wieder ebenfalls vorkommen sollen) als zweitwichtigstes. Hunderttausende von „überflüssigen“ Arbeitsplätzen fielen verschiedenen EG-Rohkulturen zum Opfer, die Europas Industrie „fitter, schlanker und konkurrenzfähiger“ trimmen sollten.

Auf diese Weise ist die Arbeitslosigkeit in den zwölf EG-Ländern während des Aufschwungs von 1983 bis 1988 von 15,1 Millionen auf 16,2 Millionen gestiegen. Dies sind nur die offiziellen

sucht und den Weltmarkt erobert.

Und wer hat den Nutzen von diesem EG-Agrarmarkt?

Bauern etwa? Die meisten nicht. 80-90% haben nämlich die EG-Agrarpolitik der letzten 30 Jahre nicht überlebt. Heute geht alle zweieinhalb Minuten in der EG ein landwirtschaftlicher Arbeitsplatz verloren; in der BRD gehen täglich 48 bundesdeutsche Höfe bankrott (17.500 jährlich). 1946 gab es noch über 5 Mio. bundesdeutsche Landwirte, 1986 waren es weniger als eine Million (davon nur ca. 350.000 Vollerwerbslandwirte).

Die Verbraucher vielleicht? Sie haben um 25% über dem Weltmarktniveau liegende Preise für „Lebensmittel“ zu zahlen, deren Gesundheitsverträglichkeit angesichts der Brunstler, Glykolyse, Hormonkälber und überzüchteten Schweinen mehr als zweifelhaft ist.

Oder gar die Dritte Welt? Sie stellt zwar Anbauflächen zur Verfügung, auf denen das Kraftfutter für die europäischen Hochleistungsmilchkuhe geerntet wird, aber die Verkaufserlöse für diese Futtermittel landen in den Taschen der einheimischen Großgrundbesitzer, nicht der hungernden Landbevölkerung (wenn diese Anbauflächen nicht schon längst im Besitz westlicher Industriekonzerne sind).

Ein eindeutiger Verlierer der EG-Agrarindustrie steht jetzt schon fest: die Gesundheit der Umwelt und mit ihr die Gesundheit der Menschheit. Sie werden dem Profit geopfert. Ob Böden, Wasser oder Luft von Pestiziden, Herbiziden,



Durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes sollen die Grenzkontrollen weitgehend abgehandelt werden.

und der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) zusammen.

Die Gründe wurden in einer Denkschrift des Bonner Wirtschaftsministeriums von 1953 erklärt:

„In den gegebenen nationalen Rahmen ist bei dem derzeitigen Stand der internationalen Arbeitsleistung eine (...) Steigerung zwar auf sehr vielen Gebieten durchaus möglich, aber sie stößt auf wesentlich engere Grenzen, als sie in einem größeren Wirtschaftsgbiet gegeben sind. Die Vorteile eines größeren Wirtschaftsbietes liegen vor allem in der Chance, eine gesteigerte Arbeitsleistung durchzuführen. Sie gestattet eine bessere Verteilung der Produktionsstandorte. (...) Sie gestattet auch die zusätzliche Ausnutzung brachliegender Produktionsreserven, deren komplementäre Teile auf getrennte Wirtschaftsgbiete verteilt sind. Der Markt eines größeren Wirtschaftsbietes erhöht die Absatzmöglichkeiten für die einzelnen Unternehmer und damit auf Chance zur Produktion in größeren Serien mit allen Vorteilen, die sich für Rationalisierung in Produktion und Handel ergeben.“

Die EG ist jetzt 30 Jahre alt, in der Welt Handelsmacht Nr. 1 geworden, hat sechs weitere Mitgliedsstaaten (Großbritannien, Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien und Portugal) aufgenommen, ist schon mehrmals von schweren inneren Konflikten gebeutelt worden und beinahe wieder auseinandergebrochen.

Anläufen wurde 1979 (in einem Jahr des wirtschaftlichen Aufschwungs) das Europäische Währungssystem (EWS) gegründet mit der neuen Währung ECU. Echtes Geld ist der ECU noch lange nicht, sondern er stellt weiterhin nur eine Recheninheit dar.

Zerreibproben

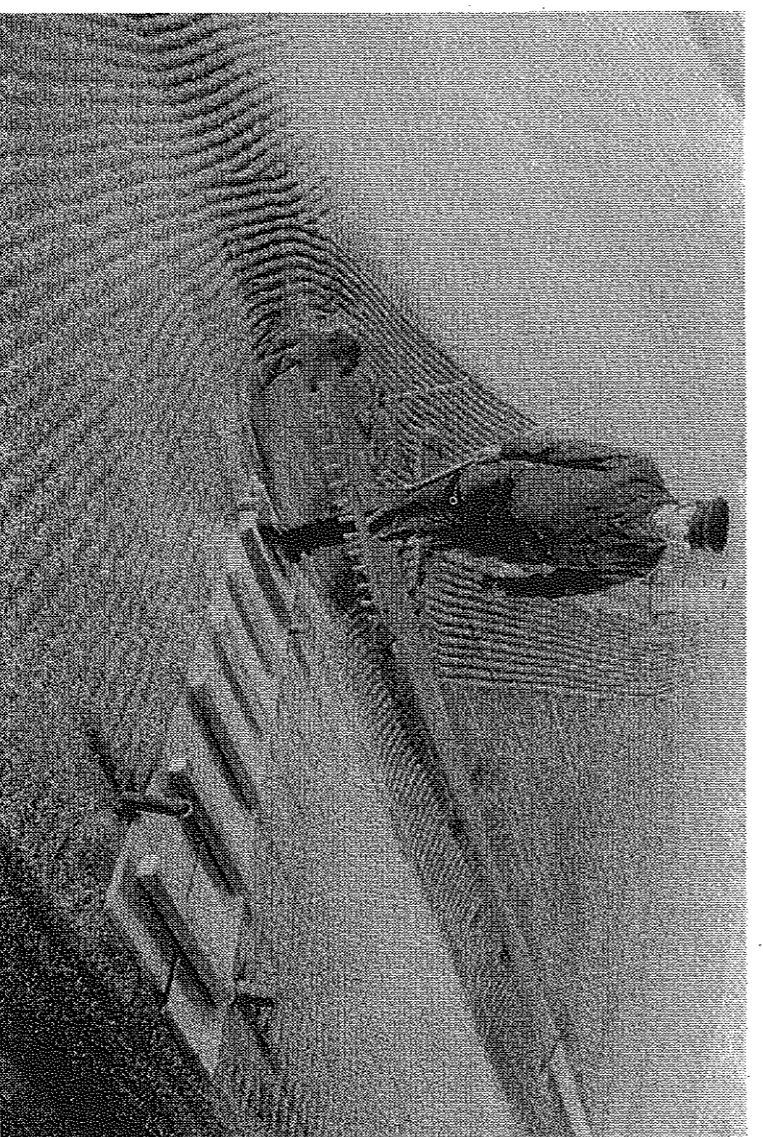
In der nächsten Weltwirtschaftskrise von 1980-82 kam die EG erneut in eine Zerreibprobe, weil die marktwirtschaftliche, finanzielle und soziale Entwicklung der Einzelländer zu unterschiedlich war. Frankreich mußte 1982 den „Notstand des Außenhandels“ ausrufen, Griechenland setzte gar die EG-Freihandelsregelungen ganz außer Kraft. Erst der 1983 verstärkte einseitige Aufschwung (der inzwischen länger andauert, als alle Prognosen annahmen), verschaffte den Tendenzen zur Weiterentwicklung der EG wieder Oberwasser.

In den Jahren von 1950 bis 1970 konnten die EG-Staaten ihren Außenhandel um 650% hochschaukeln, während im gleichen Zeitraum der Welthandel um „nur“ 100% wuchs. Der Handel innerhalb der Gemeinschaft betrug 1985 das 25fache des Wertes von 1950. Kein Wunder, daß angesichts dieser Erfolge manche Strategen des Kapitals und ihre journalistischen Bewunderer schon hochfliegende Pläne zu schmiedern begannen: Eine „Europa-Union“ sollte das Ziel sein – ein Super-Staat, gegründet auf einen einheitlichen Binnenmarkt, mit einer Regierung, einem Militärapparat, einer Währung, ei-

Zahlen, die Dunkelziffern der verschiedenen Länder hinzugegerechnet ergibt die Endsumme gut und gerne 24 Millionen. Wenn in der EG die Arbeitslosigkeit sogar während des Aufschwungs steigt – was passiert dann erst in der nächsten Rezession??

EG-Agrarmarkt

Der wichtigste Bereich der EG ist die „Gemeinsame Agrarmarktordnung“, die 65-70% der EG-Gelder schluckt. Der gemeinsame Agrarmarkt sollte bei seiner Einführung die europäische Landwirtschaft konkurrenzfähig halten“ und „die Selbstversorgung sichern“, wie es so schön hieß. Inzwischen hat sich die EG-Agrarmarktpolitik als eine Veranstaltung erwiesen, die unter steigenden Kosten mittels einer chemisierten, durchindustrialisierten Landwirtschaft äußerst ungesund Eßwaren in enormen Überschuß produziert, die zuerst teuer eingelagert und verwertet und später wieder vernichtet werden und dabei die Ackerböden zerstört, das Grundwasser vergiftet, die Luft ver-



Kunstidnagern oder der „natürlichen“ Gülle von Massenstrahlanlagen vergiftet und erstickt werden, BASF, Bayer, Hoechst und die Tierarzneimittel-Dealer verdienen jeweils kräftig mit.

Nur ein halbes Prozent des EG-Haushaltes ist für Umweltschutzmaßnahmen gedacht, während rund zwei Drittel dem Umweltsünder Nr. 1, der kapitalistischen Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Im Juni 1988 haben die europäischen Umweltminister endgültig verhindert, daß die strengeren US-Abgaswerte und damit Katalysatoren bei Kleinwagen (unter 1,4l Hubraum) vorgeschrieben werden. Diesem PKW's dürften Krebszerlegend weiterleben wie bisher – denn die neuverordneten Grenzwerte erreichen sie schon lange. Vor allem die Autokonzerne aus Frankreich, Spanien und Großbritannien – und mit ihnen natürlich die nationalen Regierungen dieser Länder – betätigen sich als Bremsen. Hingegen weigert sich die BRD beharrlich, die schärferen EG-Auflagen gegen die Pestizide im Grundwasser anzuerkennen.

Wirtschaftliche Au

Der Binnenmarkt 1992 ist zur wirtschaftlichen Aufrüstung pas, um bei der Schachtelung der europäischer Binnenmarkt mit 324 Millionen Euro die größte der Welt, bei einer Kaufkraft von 2800 Milliarden Dollar.

Binnenmarktbegeisterte und Kapitalisten rechnenen möglichen Kostenersparnis Mrd. ECU durch Wegfall formalitäten, 60 Mrd. ECU einheitlichung verschiedenen und Vorschriften, 17 Mrd. grenzüberschreitende Verträge (Bau-)Anträge. Alles soll sich zu einem Gesamtmarkt von 200 Mrd. ECU (410 Milliarden) summieren, 200 Mrd., die teilten Mehrprofit für solche zerne darstellen, die die Chancen nutzen.

Außerdem ist der Binnenmarkt das größte „Deregulierungsinstrument“ der Geschichte seit Hitler. In der Geschichte seit Hitler entwickelten Ländern die S weltweit- und Lebensstandartdrücken soll, um auf diese Weise und Absatz zu steigern. Da eine Einigung auf Standards bisher nicht möglich fand die EG-Kommission n Tücke, „eine neue Strategie

KONZERNEN - DARÜBER

biert der Normen, die gegenseitige Anerkennung". Dies bedeutet, daß ein in einem Mitgliedsstaat rechtmäßig hergestelltes und vermarktetes Erzeugnis automatisch in jedem anderen Mitgliedsstaat frei verkauft werden kann, auch wenn dort andere Normen gelten. In der Praxis wird das Land mit dem niedrigsten Umweltstandard der Richtmarkt setzen - und in den anderen Ländern werden die Unternehmer fordern, schärfere Umweltauflagen wieder anzuschaffen, um "konkurrenzfähig" zu bleiben.

Deregulierung

Europas Kapitalisten verbinden mit dem Binnenmarkt 1992 ihre eigene Utopie: ein Kontinent, der auf dem Lohnniveau Portugals produziert (das ist geringer als in Japan), aber die Kaufkraft Nordamerikas besitzt (die größte der Welt) und in moderner Spitzentechnologie (Gen-, Bio-, Elektronik-, Kommunikations-, Atom-, Informations-, Computertechnologie etc.) die Welt hinter sich läßt - ein Kontinent, in dem Ladenschlußgesetz wie im Duty-Free-Shop internationaler Flughäfen gelten (nämlich keine), in dem die Lohnnebenkosten so gering sind wie in Griechenland (nahe Null), in dem Antitrust-Gesetze wie im England Maggite Thachers einen "Arbeitsfrieden" wie in Liechtenstein gewährleisten, in dem die Arbeiter mit deutscher Pünktlichkeit und türkischem Urlaubsanspruch Tag-, Nacht- und Wochenendproduktion verrichten wie in den italienischen Besen- und Stahlwerken ...

Der Jahresbericht der EG-Kommission über die soziale Lage in Europa zählt erriet auf, welche Fortschritte die "Deregulierung" gemacht hat. Er macht deutlich, daß "Deregulierung" einen regelrechten Frontalangriff auf alle sozialen Errungenschaften der Arbeiterlassen in den verschiedenen Ländern darstellt. In Belgien wurden z.B. die gesetzlichen Schranken gegen Nacht- und Wochenendarbeit aufgehoben, in Frankreich und den Niederlanden ebenso. In Frankreich wurde außerdem eine weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeiten (37-44-Stunden-Woche Spannweite) durchgesetzt. Der Kündigungsschutz wurde in Portugal abgebaut, in Spanien ist die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten um hunderttausend in die Höhe geschwellt. In Griechenland wurde vom Nationalrat eine "vierte Schicht", nämlich je 12 Stunden Arbeit an Samstagen und Sonntagen, gestattet.

Das DIW-Institut für Wirtschaftsforschung rechnet mit einer großen Kapitalkonzentration durch den Binnenmarkt. Eine riesige Fusionswelle quer über alle Grenzen überrollt bereits jetzt die Industrie (Daimler/Matra, Siemens-GECC/Plessey, VW-Seat, Philips-Grundig usw.). Die Deutsche Bank richtet elfrig Filialen in Italien und Portugal ein, in Spanien und den Niederlanden hockt sie schon im Geschäft.

Kapitalkonzentration

Es ist völlig klar, daß diese Kapitalkonzentration auf Dauer keinen zusätzlichen Absatzmarkt und damit auch keine zusätzlichen Arbeitsplätze schafft. Die entstehenden Monstergiganten werden sich natürlich einen größeren Marktanteil unter den Nagel räumen. Aber dies wird auf Kosten schwächerer Konkurrenten gehen, die in den Rüm getrieben und hunderteausende Erwerbslose hinterlassen werden. Da ist es nur logisch, daß das Info-Institut mit mehreren hunderttausend zusätzlichen Arbeitslosen durch den Binnenmarkt rechnet.

Der Philipskonzern will im Zuge der Binnenmarkt-Rationalisierung 60 von seinen 180 europäischen Fabriken schließen, der ICI-Vorsitzende rechnet mit der Schließung von 50% der europäischen Fabriken. Vor allem den deutschen Lohnabhängigen wird mit der

Konkurrenzfähigkeit der ausländischen Industrie gedroht, die nur in Schach gehalten werden könne, wenn auf die 35-Stunden-Woche verzichtet wird. Andernfalls wäre der "Industriestandort BRD" nicht mehr zu halten (der aber immerhin Exportweltmeister seit 1986 ist!).

Der Binnenmarkt ist ein Versuch der deutschen Unternehmer, die Beschäftigten zu zwingen, sich mit schlechteren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen abzufinden: Mitbestimmung, Ladenschluß, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlter Urlaub, Arbeitschutz, Sozialleistungen, Beschränkung von Samstags-, Sonntags- und Nachtarbeit - all diese Errungenschaften sollen "dereguliert" werden.

Der Binnenmarkt 1992 kann keinen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung in Europa bewirken. Er wird auch den Grundwiderspruch zwischen der globalen Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer Beschränkung durch die Existenz von Nationalstaaten nicht aufheben. Der EG-Binnenmarkt überwindet die zwischenstaatliche, imperialistische Konkurrenz überhaupt nicht: Im Weltmaßstab ist er ein Instrument der europäischen Staaten, um diese Konkurrenz gegen Japan und gegen die USA möglichst erfolgreich gemeinsam auszuführen.

Schönwetterorganisation

Der nationale Staatsapparat ist die Waffe einer herrschenden Klasse, um ihre Interessen zu verteidigen: In den Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse (sowohl in revolutionären wie auch in "normalen" Perioden), im Krieg gegen andere Staaten und im "friedlichen" wirtschaftlichen Konkurrenzkampf. Eine nationale Kapitalistenklasse gibt nicht ihren bewährten nationalen Staatsapparat auf, der sie verteidigt - und schon gar nicht in Krisenzeiten. Selbst ein Binnenmarkt, der '92 oder später unter der extrem günstigen Voraussetzung eines anhaltenden Weltwirtschaftsbooms verwirklicht wäre, ist noch längst nicht die früher erträumte kapitalistische "Europa-Union": ein Staat, eine Regierung, eine Währung, eine Zentralbank, eine Politik und eine europäische Armee.

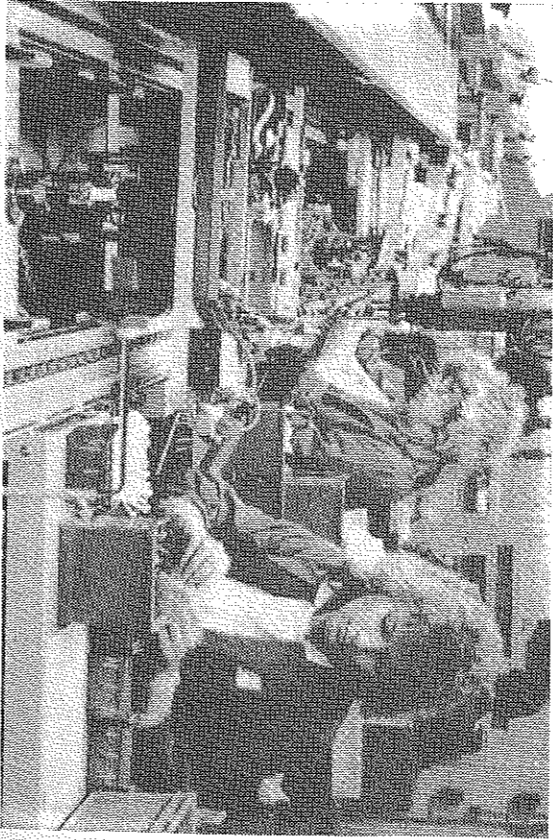
ropäischen Volkswirtschaften schon so weit fortgeschritten, daß die EG nicht allzusehr schnell auseinanderbricht. Aber eine neue Weltwirtschaftskrise noch vor 1992 - die nur allzu wahrscheinlich ist - wird in jedem Fall einen dicken Strich durch all die schönen Pläne machen. Sogar ein bis 1992 anhaltender Aufschwung würde noch genug Schwermigkeiten übrig lassen, die zu überwinden wären.

Das bewußt tiefgesteckte Ziel (im Vergleich zu früheren Vorstellungen) "Binnenmarkt '92" ist schwierig genug durchzusetzen. Fast 300 verschiedene Bereiche gibt es, in denen die 12 EG-Staaten ihre nationalen Gesetze ändern müssen, soll der Binnenmarkt Wirklichkeit werden. Über rund 120 - aber die unwichtigeren, wenig umstrittenen - haben sie im Ministerrat Einigung erzielt, doch von den nationalen Parlamenten sind sie deswegen noch lange nicht beschlossen. Es dauerte 10 Jahre, bis in der EG eine Einigung über die Höhe von Rückleuchten an Zugmaschinen bewerkstelligt war; über die Stärke von Bindfäden zur Befestigung von Glasaugen an Stoffrücken wird immer noch verhandelt.

Die BRD-Wirtschaft hätte von einem Binnenmarkt den größten Nutzen. Aber selbst hier gibt es Schichten von Kapitalisten und -Branchen, die sich sperren, weil sie Nachteile befürchten. Nicht nur die Bierbrauer wollen sich die Protektion des "deutschen Reinheitsgebots" erhalten, auch die Hersteller von Milchprodukten verweisen auf die besonders hohe Qualität deutscher Erzeugnisse. Wurstlieferanten wollen keine Zulassung von Soja usw. Wenn es sogar im wirtschaftlich stärksten Land solche Widerstände gibt, wieviel mehr werden sich dann die schwächeren EG-Ländern gegen die Ausplünderung und Beherrschung ihrer Märkte durch deutsches Kapital wehren und ihre Wirtschaft schützen wollen, besonders nach einer Rezession?

Wenn in 25 Jahren ununterbrochenem Nachkriegsaufschwung mit kräftigen Wachstumsraten in Europa kein umfassender Binnenmarkt zustande kam, warum sollte er dann in den krisengeschüttelten 80er Jahren gelingen? eher ist zu erwarten, daß die zentralisier-

Binnenmarkt kaum Vorteile, aber viele Nachteile zu erwarten; den Bewohnern der Entwicklungsländer droht ebenfalls Schlimmes. Jedoch hätte eine Auflösung der EG noch katastrophalere Folgen: neue Zölle in Europa, Abwürgen des internationalen Handels und natu-



Für die Arbeiter bedeutet der Plan des EG-Binnenmarktes schon jetzt massive Angriffe auf hart erkämpfte Errungenschaften.

nalstaatlicher Protektionismus würde zu einem Wirtschaftskrieg führen, ganze Branchen in den Ruin treiben, den Absatz der übrigen Wirtschaft drastisch einschränken, weitere Millionen in die Erwerbslosigkeit jagen und den Lebensstandard der noch beschäftigten Arbeiter empfindlich senken.

Weg zur Einigung

Europa ist eines der reichsten Fleckenchen auf der Erde. Und doch produziert es Verelendung für die Dritte Welt und Vergiftung der Natur rund um den Globus. Dabei könnten seine Bewohner sich ein Leben ohne materielle Not gestalten, wenn sie die Grenzen ihrer Staaten niederreißen und die Produktivkräfte sinnvoll und geplant einsetzen, die ihr Kontinent birgt.

Nicht Produktion um des wirtschaftlichen Profits willen, sondern um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, müßte Dreh- und Angelpunkt einer neuen europäischen Wirtschaftswirtschaft sein.

skäften gegenüberstehen, sondern Vollbeschäftigung durch planmäßige Produktion sinnvoller Güter bei rascher Arbeitszeitverkürzung für alle wäre der Normalfall.

Nicht die Benachteiligung der Frauen müßte die Regel sein, sondern die gleichmäßige Aufteilung von Kindererziehung, Haus- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern wäre möglich.

Nicht Versuchung der Umwelt wäre die zwangsläufige Folge des Produktionssystems der Europäer, sondern die Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen und ihre Erhaltung stielte die notwendige Voraussetzungen einer neuen Produktionsweise dar, die auf die Bedürfnisse der gesamten Menschheit ausgerichtet ist.

Nicht ständige Aufrüstung, um das eigene System zu verteidigen, größere Märkte erobern oder Aufstände von gegen ihre Unterdrückung rebellierenden Völkern niederzulegen zu können, wären an der Tagesordnung, sondern tatsächliche Abrüstung und dauerhafter Frieden.

Nicht die Diktatur einer besitzenden oder verwaltenden Elite wäre der Alltag in den Büros und Fabriken, sondern eine wahrhafte Demokratie der arbeitenden Menschen bestimmte das Bild. Solche Vorstellungen bleiben Träume, solange Europa kapitalistisch ist. Solange es Privateigentum an Produktionsmitteln gibt, werden auch Nationalstaaten und Staatsgrenzen fortexistieren. Die Ostblockstaaten beweisen, daß Grenzen nicht einmal dann fallen müssen, wenn Grund und Boden, Produktionsanlagen und Banken verstaatlicht sind. Ohne Demokratie, unter der Herrschaft einer Bürokratie leben nationale Streitigkeiten und blutige Konflikte wieder auf, die längst überwunden scheinen.

Der Widerspruch zwischen den hochentwickelten Produktivkräften und ihren nationalstaatlichen Zwangsbedingungen schreit nach Auflösung. Der Kapitalismus könnte versteht sein, ihn aufzulösen mittels Handelskriegen, neuen Zollschranken, Protektionismus, Massenarbeitslosigkeit und letztlich einem neuen Weltkrieg. Nur eine international geplante Wirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung könnte ein neues Kapitel in der Geschichte der Menschheit aufschlagen.

Ein Europa müssen die multinationalen Konzerne, die Banken, die Versicherungen und die eintausend größten Betriebe in das gemeinsame Eigentum der Völker überführt werden - nur so ist ihren Kindern die Chance auf eine lebenswerte Zukunft gewahrt.

Für diese Ideen treten die Jungsozialisten ein. Sie können nur verwirklicht werden, wenn sie die Mehrheit der Arbeiterbewegung dafür gewinnen. Sollte der Binnenmarkt tatsächlich kommen, müssen die Jungsozialisten mit der Arbeiterbewegung gegen die schlimmsten Auswirkungen ankämpfen: für Reformen des EG-Agarmarktes, die den Erzeugern, den Verbrauchern und der Umwelt nützen; gegen die totale Deregulierung der Sozialstandards in Europa; für die Anhebung der schwächeren Länder auf das Niveau der stärksten.

● Weder kapitalistischer Freihandel, noch kapitalistischer Protektionismus - weder europäischer Binnenmarkt, noch nationale Kleinstaate-reil

● Ja zu einer internationalen Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.

● Ja zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Ausgabe aus dem Antrag des Juso-Kreisverbandes Stuttgart an den Bundeskongreß



Wohnungsnot in Portugal. Die Entwicklungsschritte zwischen den einzelnen Regionen sind heute größer denn je.

Die EG ist im Prinzip eine "Schönwetterorganisation". Im Aufschwung entstanden, fing sie bereits in der ersten Weltwirtschaftskrise 1974/75 zu wanken an. Die wirtschaftlichen Erschütterungen, die im letzten Jahrzehnt dieses Jahrtausends noch kommen, wollen erst mal überstanden sein. Andererseits ist die gegenseitige Verflechtung der eu-

ropäischen Volkswirtschaften schon so weit fortgeschritten, daß die EG nicht allzusehr schnell auseinanderbricht. Aber eine neue Weltwirtschaftskrise noch vor 1992 - die nur allzu wahrscheinlich ist - wird in jedem Fall einen dicken Strich durch all die schönen Pläne machen. Sogar ein bis 1992 anhaltender Aufschwung würde noch genug Schwermigkeiten übrig lassen, die zu überwinden wären.

Sri Lanka

Auf dem Weg zur Militärdiktatur Von Indiens Gnaden?

Als der indische Premierminister Gandhi und der Präsident von Sri Lanka, Jayawardene, 1987 das sogenannte indo-lankanische Abkommen unterzeichneten, erhofften sie davon eine Befriedung des Nationalitätenkonflikts und eine Beruhigung der Lage auf der krisengeschüttelten Insel vor der Südküste Indiens. Das Abkommen sah im wesentlichen vor, der tamilischen Bevölkerungsminderheit im Norden und Osten gewisse Autonomierechte und eine eigene Provinzregierung zuzugestehen, die tamilischen Guerillagruppen im Gegenzug zur Abgabe der Waffen zu bewegen. Eine sogenannte „indische Friedenstruppe“ sollte die Umsetzung des Abkommens überwachen.

Doch wie VORAN schon damals schrieb (vgl. VORAN Nr. 95, November 1987), war das Abkommen weit davon entfernt, den Frieden zu bringen, im Gegenteil. Seit dem Einmarsch der indischen „Friedens“-Truppen hat sich die Tendenz zur Libanonisierung verschärft. Alle politischen Parteien und Gruppierungen haben sich bewaffnet. Die Kette von Guerilla-Anschlägen im ganzen Land reißt nicht mehr ab.

Die nationale Frage Sri Lankas hat ihre Wurzeln in der „Teile-und-Herrsche“-Politik der britischen Kolonialherrschaft. Die britischen Imperialisten benutzten die besser gebildete tamilische Oberschicht als Personal für ihren kolonialen Staatsapparat. Diese Zusammenarbeit von tamilischer Oberschicht und britischem Imperia-



Tamilen werden seit Jahrzehnten unterdrückt. Islamus rief die Feindseligkeit der Singalesen hervor.

1948 übergab Großbritannien unter dem Druck einer großen Streikbewegung die Macht an die einheimische Bourgeoisie. Die Regierung wurde von der rechten bürgerlichen UNP und der damaligen Partei der tamilischen Oberschicht, der Federal Party, gebildet.

Die SLFP, eine bürgerlich-liberale Abspaltung von der UNP, nutzte die Wut über die Privilegierung der Ceylon-Tamilen und stellte sich als einzige Repräsentanten der buddhistischen Singalesen dar. Sie zog mit dem Versprechen in die Wahlen, singalesisch als Amtssprache und Buddhismus als Staatsreligion einzuführen. Mit dieser nationalistischen Demagogie wurde sie 1956 Regierungspartei. Von da an wurden die Tamilen beim Zutritt zu Schulen, Unis, Ämtern und öffentlichen Einrichtungen diskriminiert. 1958 kam es daher zu den ersten größeren, blutigen Zusammenstößen zwischen den Volksgemeinschaften.

Volkfront-Regierung

Auch unter der Volkfrontregierung von SLFP und den Arbeiterpartei LSSP (Sozialisten) und Kommunistische Partei KPSSL in den Jahren 1970-77 waren die Tamilen ständiger Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt, was beiden Arbeiterparteien ihr Ansehen unter den Tamilen kostete und weiteren Zulauf zu Tamilenorganisationen brachte, die die eigenen Überlebenschancen in einem eigenen Staat sahen.

Sri Lanka war eines der wenigen „3.-Welt“-Länder, in dem die Massen während des Nachkriegsaufschwungs keinen absoluten Rückgang des Lebensstandards erlitten. Eine relative wirtschaftliche Stabilität und vor al-

so weit wie der Kasernenhof. Dennoch machte J. R. keine politischen Zugeständnisse an die Tamilen. In dieser zugespitzten Lage konnte die indische Bourgeoisie nicht länger zusehen. Der Sieg der tamilischen Guerilla auf Sri Lanka wäre Ansporn für Guerilla-Bewegungen auch in Indien selbst gewesen. Indien gehörte der „blockfreien“ Bewegung an. Der indische Premier Gandhi und seine Amtsvorgänger(innen) übten sich immer in anti-imperialistischer Rhetorik. Das hinderte sie nicht daran, gegenüber Sri Lanka die regionale Supremacht herauszukehren. Mit dem eingangs erwähnten Abkommen wurde J. R. zu Zugeständnissen an die Tamilen und die Guerilla zur Abgabe der Waffen genötigt. Gleichzeitig marschieren etwa 50.000 Inder, die sogenannten „Friedens“-Truppe, in den Norden Sri Lankas ein.

Indien als Besatzungsmacht

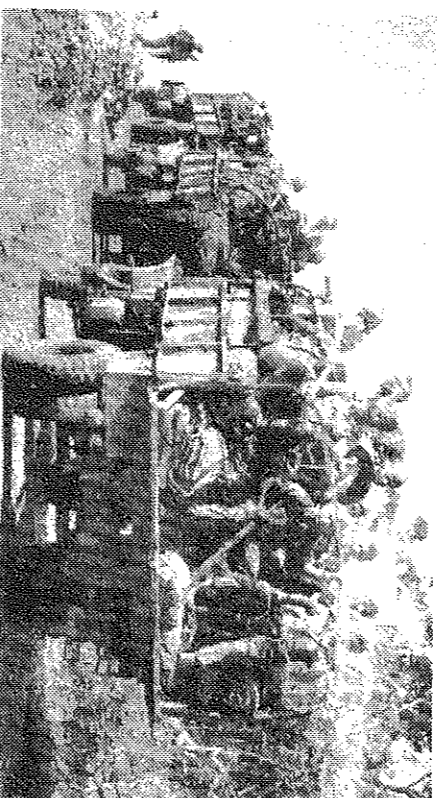
Wegen der jahrelangen Duldung von tamilischen Guerilla-Lagern im indischen „Tamil-Nadu“ und verbaler Sympathiebekundungen für die tamilische Sache seitens der indischen Regierung setzten viele Tamilen zunächst große Hoffnungen in die Ankunft der indischen Truppen. Die Illusionen über die „progressive Mission“ der Inder auf Sri Lanka reichen bis weit ins linke Lager hinein.

Wie kann eine durch und durch korrupte indische Bourgeoisie, die im eigenen Land die immer zahlreicher werdenden Nationalitätenkonflikte nicht lösen kann und blutig unterdrückt, im Ausland als Interventionsmacht eine progressive Rolle spielen? Der Sinn des indischen Einmarsches bestand nicht darin, den Tamilen zu

und der LTTE. Die indische „Friedens“-Truppe hat inzwischen seit ihrem Einmarsch mehr Tamilen getötet, als zuvor die singhalesische Armee.

Neue Guerilla im Süden

Auch im Süden hat sich die Lage dramatisch zugespitzt. Die indische Armee wird von vielen Singalesen zu Recht als Besatzungsmacht, die UNP-Regierung als Marionette Radiv-



Die indische „Friedens“-Truppe hat seit ihrem Einmarsch mehr Tamilen getötet als zuvor die singhalesische Armee.

Gandhis betrachtet. Dies hat zu einem starken Zulauf zur JVP geführt, die mit Guerillamethoden und Terroranschlägen das indo-lankanische Abkommen, die indische Truppenpräsenz und die UNP-Regierung bekämpft. Die JVP hat ihre Hochburgen tief im Süden, organisiert vor allem die ländliche sowie die städtisch-kleinbürgerliche Jugend und mischt in ihrer Propaganda extremen singhalesischen



Schon heute existieren hinter der parlamentarischen Fassade viele Kennzeichen einer Militärdiktatur.

ihrem nationalen Selbstbestimmungsrecht zu verhalfen, sondern im Gegenteil, es zu unterdrücken.

Die meisten kleineren tamilischen Guerilla-Gruppen unterwarfen sich den Indern und gaben mehr oder weniger freiwillig ihre Waffen ab. Doch die LTTE, die als größte Guerillaorganisation schon fast selbst die Macht im Norden innehatte, weigerte sich, dem über ihren Kopf hinweg ausgehandelten Abkommen Folge zu leisten. Die Kämpfe im Norden gingen weiter – nun zwischen der indischen Armee

abkommen und Präsenz der indischer „Friedens“-Truppen also: nach wie vor Bürgerkrieg im Norden, wenn auch mit verminderter Stöckkraft seitens der LTTE sowie neu aufflammender Bürgerkrieg im Süden, drohende Desintegration des gesamten Staates.

Aus den kürzlich abgehaltenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ging die regierende UNP als Sieger hervor. Allerdings ist vom Sieg des UNP-Kandidaten Premadasa etwa so viel zu halten wie vom Wahlsieg Marcos'. Massive militärische Präsenz, Wahlschönungen, Terroranschläge der JVP im Süden und der LTTE im Norden, die Wähler abschrecken soll-

ten (die Guerilla-Gruppen hatten zum Wahl-Boykott aufgerufen), brachten der UNP bei nur 55% Wahlbeteiligung einen knappen Vorsprung vor der bürgerlichen Oppositionspartei SLFP unter Frau Banderanaika. Während im Wahlkampf sowohl Banderanaika als sogar auch Premadasa wegen der anti-indischen Stimmung im Süden für ein „Neuaushandeln“ des indo-lankanischen Abkommens und den schnellstmöglichen Abzug der Inder eintraten, stellte sich der Kandidat der Linksalianz, Ossie, als einziger voll hinter das bestehende Abkommen und erhielt ein entsprechend miserables Ergebnis.

Perspektiven

Nach dem sogenannten Wahlsieg der UNP sind die Perspektiven düster. Schon heute existieren hinter der ohnehin stark auf den Präsidenten zugeschnittenen – parlamentarischen Fassade viele Kennzeichen einer Militärdiktatur. Seit kurzem steht z.B. auf Streik die Todesstrafe. Die Entwicklung zur Militärdiktatur von Indiens Gnaden (evtl. sogar eine direkte militärische Besetzung durch Indien im Süden) wird sich mit zunehmenden wirtschaftlichen Problemen noch verschärfen.

Trotz der vielen Niederlagen in den letzten 10 Jahren ist es nur die lankanische Arbeiterklasse, die Militärdiktatur und Libanonisierung der Insel noch im Wege steht. Doch sie kann kaum den Vormarsch der Reaktion nur aufhalten, wenn sie mit einem Programm zu den brennenden sozialen und nationalen Problemen bewaffnet ist. Aber keine der Linksparteien hat dies zu bieten. Die größte Hoffnung stellt noch die NSSP dar. Sie hat eine lange Tradition des Eintretens für die nationalen Rechte der Tamilen und für Arbeiterrechte zwischen den Volksgruppen. Auch stand sie immer wieder an vorderster Front sozialer und gewerkschaftlicher Kämpfe.

Doch unglücklicherweise hat die NSSP-Führung bei ihrem Eintritt in die Linksalianz dem Druck der anderen Parteien im Bündnis nachgegeben: Sie unterstützt das indo-lankanische Abkommen, die Präsenz der Inder, die Entwaffnung der Tamilen. Eine Minderheit in der NSSP stemmt sich gegen diese Linie und fordert, den Kampf gegen die indische Besatzung mit klassenkämpferischen Forderungen gegen die UNP-Regierung zu verbinden. Wenn eine solche Politik umgesetzt würde, könnte die NSSP schnell anwachsen und die Basis von UNP und der rassistischen JVP-Guerilla gleichermaßen untergraben.

Dieter Janssen, Stuttgart
Angela Bankert, Köln
Jungsozialisten

Pogrome 1983

Die 1983 vom UNP-Regime selbst angezettelten Verfolgungen der Tamilen hatten das Ziel, die Opposition weiter zu schwächen und zu unterdrücken. Die Pogrome gieten jedoch außer Kontrolle und richteten verheerende wirtschaftliche und politische Schäden an.

Danach wuchs die Guerilla, die zuvor noch keinen entscheidenden Einfluß ausübte, zur bedeutendsten Kraft im Norden auf der Jaffna-Halbinsel und im Osten an. Unter den rivalisierenden Guerilla-Gruppen konnten sich die „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ LTTE nach blutigen Kämpfen durchsetzen. Die singhalesische Armee war zur Besatzungsarmee in einem fremden Gebiet geworden. 150.000 Tamilen flüchteten in den südindischen Bundesstaat Tamil Nadu, der von 50 Mio. Tamilen bewohnt wird. Dort unterhielt die Guerilla ihre Ausbildungslager. Die 45.000 Mann starke singhalesische Armee war militärisch nicht in der Lage, die Guerilla zu schlagen. Die Macht der singhalesischen Armee in den tamilischen Gebieten reichte zum Schluß gerade noch

lem der Druck der sozialistischen Partei LSSP führten zu steigendem Lebensstandard sowie weitreichenden Zugeständnissen der Kapitalisten im Bildungs- und Gesundheitswesen. Die erste weltweite Rezession Mitte der 70er Jahre bedrohte all diese Errungenschaften. Die Volkfrontregierung, die mit einem massiven Reform- und Verstaatlichungsprogramm begann, endete mit einer rigorosen Kürzungspolitik, durch die der Lebensstandard der Massen auf die Hälfte schrumpfte.

Niederlagen der Arbeiter

Die Enttäuschung der Arbeiter, Jugendlichen, Kleinbauern und Tamilen mit der Politik der Volkfront-Regierung brachte 1977 die bürgerliche UNP unter Präsident J. R. Jayawardene – kurz J. R. – wieder an die Regierung. Das führte sofort zu schweren Zusammenstößen, die durch Ausschreitungen von UNP-Schlägertrupps gegen die Tamilen ausgelöst wurden. J. R. benutzte das Nationalitätenproblem von Anfang an, um Notstandsmaßnahmen und den Abbau demokratischer Rechte mit Hilfe von sogenannten Anti-Terror-Gesetzen durchzusetzen, die auch gegen die Arbeiterparteien und Gewerkschaften gerichtet sind. Deren Widerstand, vor allem den der Ende der 70er Jahre aus einer Abspaltung aktiver Mitglieder der LSSP entstandenen neuen sozialistischen Partei NSSP, müssen die Herrschenden in Sri Lanka brechen, um im Interesse internationaler Kreise, diegeber weitere radikale Sparprogramme durchzuführen.

Ein Generalstreik 1980 konnte zwar niedergeschlagen werden, und es gelang auch, 1983 die Arbeiterpartei NSSP und KPSSL für betrübete Zeit in den Untergrund zu vertreiben. Beides waren nicht zu unterschätzende Niederlagen für die Arbeiterklasse.

Iran Massenmord an politischen Gegnern

Der 11. Februar war der zehnte Jahrestag der Revolution der iranischen Massen, die das Schah-Regime zum Sturz brachte. Die wegen der fehlenden marxistischen Führung der Arbeiterklasse an die Macht gelangten islamischen Fundamentalisten versuchten in dieser Zeit mit allen ihren Kräften, die von Arbeitern und Jugendlichen durch die härtesten Kämpfe erreichten demokratischen, politischen und sozialen Rechte der während der Revolution gegründeten Räte und Gewerkschaften wegzunehmen, deren Aktivisten sowie Sympathisanten und Mitglieder aller linken Organisationen zu verhaften, foltern oder hinzurichten. Religiöse und nationale Minderheiten sowie Frauen werden unterdrückt.

Und dies lief alles unter dem Vorwand der „Verteidigung der Revolution“ und der „Besonderheiten der Kriegszeit“. Der achtjährige Krieg mit dem Irak kostete das Leben von mehr als einer Million Menschen und ruinierte fast die ganze Wirtschaft der zwei am Krieg beteiligten Länder. Außerdem wurden mehr als 500.000 politische Gefangene ermordet. Etwa 150.000 befinden sich noch jetzt in den Gefängnissen. Ohne jegliche Opposition begannen die Kapitalisten, die durch die Revolution zerstörten Beziehungen mit den imperialistischen Mächten wieder aufzubauen. Für die Bevölkerung bedeutete das Inflation und einen Anstieg der Ar-

beitslosigkeit (jetzt bei 40%).

Regelmäßige Preiserhöhungen der notwendigen Lebensmittel haben dazu geführt, daß inzwischen das Durchschnitts Einkommen einer iranischen Familie 40% unterhalb der offiziellen Lebenshaltungskosten liegt. Die staatliche Förderung für Bildung wurde um 89% gekürzt. Zur Zeit können über 1.700.000 Kinder praktisch nicht in die Schule. Andererseits wird die „islamische freie Universität“ in mehr als 90 Städten mit wahnsinnig hohen Aufnahmegebühren pro Semester ausgebaut.

Die Situation im Gesundheitswesen ist katastrophal: Auf 3000 Personen kommt ein Arzt, auf 20.000 ein Zahn-



Bisher wurden mehr als 500.000 politische Gefangene ermordet und in Massengräbern ver-

scharrt.

Frauenarzt.

Die Unzufriedenheit wächst und unter dem Volk ist die Rede von der Notwendigkeit einer neuen Revolution. Unter anderem zwingen Anti-

Kriegsdemonstrationen und Streiks das Regime, im Juli 1988 Frieden zu fordern.

Logischerweise stiegen die Erwartungen der Bevölkerung auf bessere Lebensbedingungen, denn nun gibt es ja keinen Krieg mehr. Der Aufbau einer gesunden Wirtschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung konnte aber nicht die Aufgabe des herrschenden Systems sein, denn dieses vertritt

In den vergangenen Monaten wurden mehr als 20.000 politische Gefangene hingerichtet und meistens in Massengräber gebracht. In den meisten Fällen werden die Gefangenen gezwungen, andere zu erschlagen, um ihr eigenes Leben retten zu können. Auch ihre Familien werden psychischer Folter ausgesetzt. Die Gefängniswärter sagen zu den Familien: „Besuch ist jetzt unmöglich. Wir räumen alles ab!“

Vernichtung politischer Gegner

Das Ziel des Regimes ist die Vernichtung aller politischen Gegner und Gefangenen. Man fühlt sich an Massenmordungen in KZs unter Hitler oder an Massenrepressionen unter Stalin erinnert.

Die Imperialisten vergessen diesmal die „Menschenrechte“ und unterstützen die Mullas bei der Ausbeutung der Bevölkerung. Sie versuchen, ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Iran auszubauen. Die BRD, Italien und Japan sind die besten Partner des Iran.

Dies alles kann aber letztendlich die herrschenden Fanatiker im Iran nicht retten. Die Arbeiterklasse muß sich organisieren und für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen. So könnte die Grundlage geschaffen werden für den Aufbau einer sozialistischen Föderation der Staaten des Nahen Ostens. Aber auch Jugendliche und Arbeiter hier können etwas tun: Schickt über Untergliederungen der Gewerkschaften oder von SPD/Justos Protestresolutionen gegen Verhaftungen und Morde an die iranische Botschaft, Adresse: Islamische Iranische Botschaft, Godsberger Allee 133, 5300 Bonn 2.

Minu Jahani

Polen: Jugend drängt nach vorn Kompromisse führen in die Sackgasse

Die illegale Gewerkschaft Solidarität entstand vor acht Jahren im Kampf der polnischen Arbeiter gegen die herrschende Bürokratie. Nun könnte es sein, daß sie offiziell zugelassen wird. Lech Walesa, einer der Führer von Solidarnosc, sitzt jetzt am „runden Tisch“ mit den gleichen Machthabern, die ihn 1981 ins Gefängnis brachten. Wie kam es dazu?

Seit über 30 Jahren kommt es in Polen immer wieder zu Unruhen. Auslöser waren immer drastische Preiserhöhungen, so auch 1980/81 in der bisher größten Streikbewegung in der Geschichte der polnischen Planwirtschaft. Damals forderte das Danziger Streikkomitee, zu dessen Führung auch Lech Walesa gehörte, unter anderem die Anerkennung der Gewerkschaftsfreiheit, die Garantie des

1000 Zioly getauscht. Ein Rentner muß davon einen Monat lang leben! Natürlich wächst unter solchen Bedingungen die Unzufriedenheit gerade bei Jugendlichen. Sie müssen z.B. 10 bis 15 Jahre auf eine Wohnung warten, während der Genosse Funktionär noch zusätzlich ein Landhaus hat. Dort läßt er es sich wohlergehen. In dieser Situation führte die Ankündigung von Preiserhöhungen zu einer neuen großen Streikwelle im Sommer letzten Jahres. Es waren nicht die „alten Kämpfer“, die zum Streik austraten, sondern die nächste Generation von jungen Arbeitern. Durch sie wurden die Streiks sehr schnell politisch, gingen über Lohnverhandlungen hinaus und zur Forderung nach

Zulassung der Gewerkschaft Solidarnosc. Aber ihr Verhältnis zu Solidarnosc ist anders als das der „Alten“.

Neue Generation

Sie haben den Kampf 1980/81 nicht selbst miterlebt. Sie haben nur erfahren, daß der Weg über Verhandlungen zum Scheitern führte. So kommt es auch immer wieder zu Auseinandersetzungen in der Gewerkschaft. Die „Alten“ wollen verhandeln, am sogenannten „runden Tisch“. Aber die Jugend drängt nach vorn. Sie ist frisch und unverbraucht in die Auseinandersetzung im Mai-August 1988 gegangen.

Als dann die Regierung signalisierte, daß sie zu Verhandlungen bereit sei mit der Bedingung „Abbruch der Streiks“, hätten Lech Walesa und die „alte Garde“ viel zu tun. Überall mußten sie die Jugend in langen Reden und Diskussionen dazu bringen, die Streiks abzubrechen. Dies gelang, weil sie als Führer der Bewegung von 1980/81 immer noch über eine gewisse Autorität verfügen und weil gleichzeitig die Regierung den Arbeitern Zugeständnisse bei der Lohnfrage machte.

Aber der Spielraum für derartige Zugeständnisse ist eigentlich gar nicht mehr vorhanden. Mit drastischen „Reformen“ (Aufhebung der Subventionen, Schließung unrentabler Betriebe usw.) versucht die Bürokratie, die von ihr verursachte Mißwirtschaft auf dem Rücken der Arbeiter zu lösen. Hierzu benötigt sie die „Solidarität als „Opposition“, Lech Walesa und andere der „alten Garde“ lassen sich bereitwillig vor den Karren spannen. Im Februar '89 bewegte er 8000 Arbeiter zur Beendigung ihres Streiks und sag-

te, dieser Streik zeige, daß eine Organisation gebraucht werde, um Lohnkonflikte unter Kontrolle zu bringen. Dieses Mal hat die Jugend noch auf die „Alten“ gehört. Aber wie wird es in Zukunft aussehen? Das größte Hindernis für die wirtschaftlicher Weiterentwicklung Polens ist und bleibt die herrschende Bürokratie. Und von Mal zu Mal wird für die Bevölkerung Polens das Hindernis Bürokratie deutlicher werden.

Sozialistische Demokratie

Gerade die Jugend, die ja schon ihre Bereitschaft zum Kampf gezeigt hat, wird erkennen, daß der „runde Tisch“ ihnen nichts bringt, sondern daß die

Internationale Notizen



Israel

In letzter Minute wurde am 9. Februar ein unbetrübter Generalstreik abgeblasen. Er war vom Histadrut-Gewerkschaftsverband ausgerufen worden, um Lohnerrhöhungen und eine Rücknahme der Haushaltspläne der Regierung zu erreichen. Der Haushaltsentwurf hatte unter anderem vorgesehen, das Gesundheitswesen zu „reformieren“, d.h. dort massiv einzusparen, und die Einkommenssteuer zu senken. Angesichts der Stärke der Arbeiterklasse rückte die Regierung von diesen Plänen ab. Der Steuersatz für hohe Einkommen wurde von 48 auf 51% erhöht, die Gesundheits-„reform“ ausgesetzt und die Arbeiter erreichten Lohnerrhöhungen von 6% rückwirkend vom Oktober 1988.

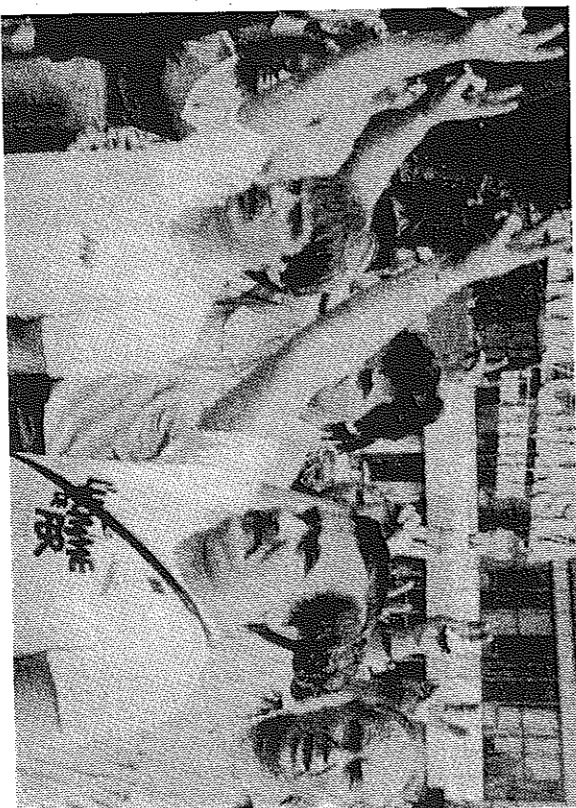
Süd-Korea

Gleichzeitig wurde auch Consue-la Garcia, eine Sozialarbeiterin, die in den Gemeinden der Berater tätig war, getötet.

Daraufhin traten am 17.2. über 80.000 peruanische Bergarbeiter in einen 24-stündigen Streik. Es wird davon ausgegangen, daß die Regierung für die Morde verantwortlich ist. Viele Gewerkschaftsmitglieder fordern jetzt einen Generalstreik aller Arbeiter Perus.

Peru

Am 13. Februar wurden der Generalsekretär der peruanischen Bergarbeitergewerkschaft, Cantoral, ermordet aufgefunden.



Durch ihren Kampf 1980/81 haben die Gewerkschaftsführer - hier Lech Walesa - bis heute Autorität erhalten.

Rechts auf Streik und Sicherheit für die Streikenden, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Aufhebung der Privilegien des Sicherheitsdienstes, der Miliz und des Parteiparates, die Abschaffung der Läden für privilegierte sowie eine garantierte automatische Steigerung des Grundlohns entsprechend den Preissteigerungen. Innerhalb weniger Wochen hatten sich zehn Millionen Arbeiter dem Gewerkschaftsbund Solidarität angeschlossen. Er war zur entscheidenden Kraft im Land geworden.

Lech Walesa rief damals aus: „Wir Arbeiter müssen uns als Hausherren dieser Erde und dieser Betriebe fühlen und so werden wir uns fühlen, und so werden wir arbeiten.“ Das war die Geburtsstunde von Solidarnosc. Lech

Verschuldung

Die Auslandsverschuldung beträgt nun 74 Mrd. DM und die Inflationsrate über 80%. Die Situation in Polen ist verheerend, besonders für Jugendliche. Viele sehen keine Zukunft mehr in ihrer Heimat. Zehntausende sind allein 1987 ausgewandert oder geflohen. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt am unteren Ende in Europa dicht bei Rumänien und Albanien. Der durchschnittliche Monatslohn beträgt 135 DM! Unter der Hand wird 1 DM für

machtlos war. Durch die Auseinandersetzungen 1980/81 haben die damaligen Gewerkschaftsführer - trotz ihrer Fehler - Autorität erhalten, bis heute. Und wie sieht es heute in Polen aus?

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Urlaub

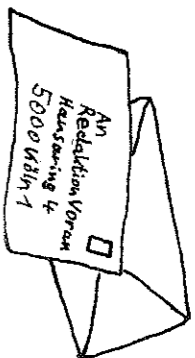
Kollege, wo fährst du dieses Jahr im Urlaub hin? Nirgend? Du bleibst zu Hause? Ach so, du bist einer von den 71%, die weniger als 1500 DM netto verdienen und sich keine Urlaubsreise leisten können.

Du meinst, die Lebenshaltungskosten werden immer höher? Aber je mehr, der nur 1500 DM verdient, braucht doch keinen Alkohol und keine Zigaretten, denn er muß seine Gesundheit erhalten, da er die Rezeptgebühr und was sonst noch nach der Gesundheitsreform auf ihn zukommt, nicht bezahlen kann. Na, dann bleib mal zu Hause und

setz dich auf den Balkon. Was, du hast keinen Balkon? Und die Wohnung wurde dir auch gekündigt? Ja, man kann mit Sicherheit eher eine billige Ferienwohnung auf Mallorca bekommen als eine Sozialwohnung in Köln.

So eine Untersuchung über das Urlaubsverhalten ist doch etwas sehr Aufschlußreiches. Da kann man ohne Beschönigung sehen, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Und das wird so bleiben, bis es sich ändert. Und ändern wird es sich erst, wenn wir das System geändert haben.

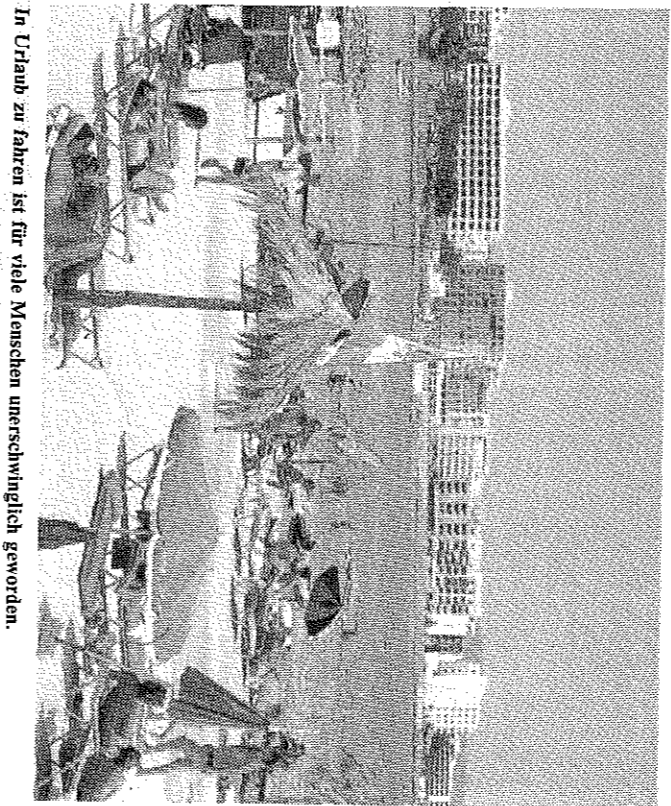
Dann kannst auch du wieder in Urlaub fahren, Kollege.
Dorothea Kirschbaum, Köln
SPD-Und ötv-Mitglied



Mißverständliche Formulierungen

In der „Vorant“-Ausgabe vom Dezember 1988/Januar 1989 - Nr. 106 erinnert Wiebke Möbius auf Seite 2 an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vor siebzig Jahren. In diesem Artikel sind der Autorin einige Fehler bzw. mißverständliche Formulierungen unterlaufen, auf die im folgenden kurz eingegangen werden soll:

1. Unter der Zwischenüberschrift „Kampf dem Reformismus“ schildert Wiebke Möbius die politischen Aktivitäten von Luxemburg und Liebknecht in der Vorkriegszeit. Dabei entsteht der Eindruck, als ob Luxemburg und Liebknecht stets gemeinsam gegen den Reformismus vorgegangen seien. Das war jedoch nicht der Fall. Karl Liebknecht ist vor 1914 - im Gegensatz zu Rosa Luxemburg - nur bedingt dem linken Flügel der SPD zuzurechnen; Liebknecht war zu dieser Zeit ein - wenn auch prominenter - politischer Einzelkämpfer in der SPD, der Politik auf der Grundlage eigener theoretischer Vorstellung betrieb - Vorstellungen, die ihn - auf einen Nenner gebracht - als ethischen Sozialisten ausweisen. Nicht umsonst hielten exponierte Vertreter des linken Flügels Liebknechts Positionen für „unmarxistisch“. Rosa Luxemburg äußerte sich 1910 im Zuge der Wahlrechtsbewegung sogar betont kritisch über ihn: „Liebknechts Haltung ist so wie immer: ein Sprung nach rechts, einer nach links.“ Erst im Laufe des Ersten Weltkriegs kam es zu einer engen politischen Zusammenarbeit zwischen Liebknecht und Luxemburg; die allerdings keineswegs frei von Konflikten war.



In Urlaub zu fahren ist für viele Menschen unerschwinglich geworden.

Verbesserungsvorschläge

Hallo!

Immer wieder hört man, daß Unternehmer gebraucht würden, um neue Ideen zur Verbesserung der Produktion zu erarbeiten und sie in die Tat umzusetzen. Jetzt haben wir es schriftlich, daß dem nicht so ist:

In der Zeitung für die Bayer-Mitarbeiter „Unser Werk“ (Ausg. 1/89) steht auf Seite 5 ein interessanter Artikel. Demnach hat das betriebliche Vorschlagswesen der Bayer AG im Jahr 1988 mit insgesamt 5803 eingereichten Verbesserungsvorschlägen (Vorjahr: 4417) einen neuen Rekord aufgestellt. Das Ergebnis von 1987 wurde um 31,4% überschritten. Insgesamt wurden für 1651 realisierte Vorschläge 1,735 Millionen Mark an Prämien gezahlt. Die Steigerungsrate liegt hier bei 33%. Gleichzeitig gab es durch die Vorschläge eine Finanz einsparung

von 13,7 Millionen DM.

Die höchste Prämie erhielt ein Mitarbeiter aus Leverkusen mit 25.490 DM. Er hatte durch Verwendung von preisgünstigen Flanschen und Ventilkappen zu erheblichen Kosteneinsparungen bei der Kälte- und Wärmedämmung im Produktionsbereich beigetragen.

Um das Interesse wach zu halten werden 1989 zusätzliche Preise ausgesetzt, wie z.B. Wochendreisen in die UdSSR oder nach Skandinavien. Anhand der Steigerung und der enormen Einsparung (die ja wiederum den Profit steigert) kann man sehen, daß die Arbeiter durchaus in der Lage sind, Betriebe selbst zu managen.

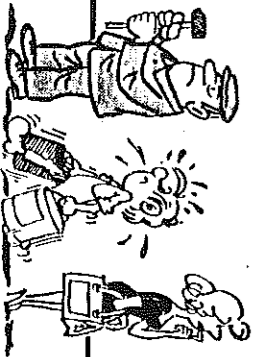
Die Frage ist also: Wer braucht hier wen?
Mit sozialistischen Grüßen
Hendrik Dahms, Köln

ih'r da oben

Das Märchen vom vergeltlichen Staatssekretär

Es war einmal im Jahre 1984. Da reiste der damalige Unterabteilungsleiter des Bonner Finanzministeriums, Carl, aus Luxemburg kommend, in die heimatlische Bundesrepublik ein. Nichtsahnend geriet er in die Klauen mehrerer überreifer Zöllner. Doch unter dem Autostrahl des wackeren Carl entdeckten sie nicht etwa eine nicht verzollte Stange Zigaretten oder mehrere Flaschen roten Weines, nein, sie erblickten einen kleinen Goldschatz im Werte von 24.000 DM!

Die änderst mißtrauischen verblesterten Zöllner dachten direkt an das Schlimmste. Hatte der treue Beamte etwa versucht, das Gold illegal über



Versuchskaninchen

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kam 1982 mit einem Herzinfarkt ins Klinikum. Ohne mein Wissen wurde ich als Versuchskaninchen benutzt. Ein neues Gerät wurde an mir ausprobiert. Dabei platzte der Dilatationsballon und ein 4 cm langes Stück Metall vom Katheter blieb in meinem Körper zurück. Dies wurde mir aber verschwiegen.

Während des Urlaubs in Italien 1986 wurde ich krank und ging in ein Krankenhaus. Röntgenaufnahmen brachten das Stück Metall zutage. Zurück in Aachen habe ich nachgefragt, und mir wurde gesagt, ich hätte beim Essen eine Büroklammer verschluckt! Ich schaute heimlich in meine Krankenkarte, und dort war vermerkt, was in Wirklichkeit passiert war. Von da an wußte ich bescheid.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Experimente an Menschen gemacht werden, besonders amerikanische Firmen experimentieren an Menschen der „3. Welt“. Bei modernsten Apparaturen fehlen dort die Voraussetzungen. Deshalb greifen sie in diesen Fällen auf Länder wie Deutschland zurück. Hier sind - im Gegensatz zu den USA - Experimente billig, weil im allgemeinen die Krankenkasse zahlt; und

zember 1915“ weitere sozialdemokratische Abgeordnete zu ihm gesellen. Doch bereits am 20. März 1915, als der Reichsrat, in dem die Kriegskredite enthalten waren, zur Bewilligung anstand, schloß sich der später als antiautoritärer Theoretiker bekannt gewordene Otto Rühle der Ablehnung an, während 30 Fraktionsmitglieder von dem alten parlamentarischen Recht der SPD Gebrauch machten, der Abstimmung fernzubleiben.

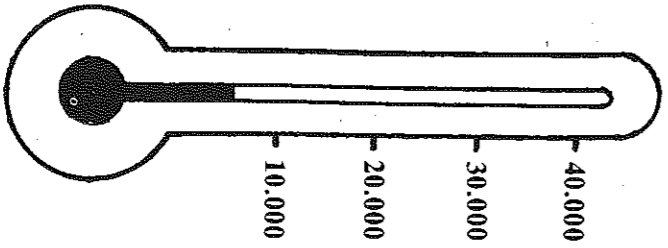
4. Mit Skepsis ist die Äußerung der Autorin zu betrachten, daß Luxemburg und Liebknecht als Führer der Kommunistischen Partei, „diese zu einem fast unbesiegbaren „Gegner“ machen. Völlig unverständlich und historische Fakten ignorierend ist jedoch der Vorwurf, in den Reihen der Mehrheitssozialdemokratie sei „geschlossen“ worden, Luxemburg und Liebknecht zu „enthaupen“. (Auch

Kampffonds Wir brauchen eine Arbeiterzeitung!

Die Finanzierung einer politischen Zeitung ist nicht einfach. Die SPD-Wochenzeitung „Vorwärts“ versuchte es über Anzeigen.

So bringt die Nr. 5 diesen Jahres auch eine Großanzeige des Verbandes der Metallindustrie Nordrhein-Westfalens, in der die Flexibilisierung angesprochen wird. So werden Arbeiterinteressen bestimmt nicht vertreten! Und wenn man das wirklich will, so bietet Unternehmenswerbung bestimmt keine sichere Finanzgrundlage.

Massenunterstützung von Arbeitern hängt aber davon ab, wie gut eine Zeitung deren Interessen vertritt, wie gut sie ihre Lebenssituation widerspiegelt und ob sie von Arbeitern in ihrer eigenen Sprache geschrieben ist. Wenn das der Fall ist, dann wird es auch viele Arbeiter geben, die sich mit der Zeitung identifizieren und sie weiterverkaufen. Genau dieses Ziel hat sich VORAN gesetzt, und ihre Erfolge zeigen sich unter anderem auch in der Opferbereitschaft ihrer Leser und Unterstützer:



Lars Brüggemann, Schütler, spendet 50 DM. Ebenfalls aus Hamburg erreichte uns ein Unterstützerabschnitt eines Lesers mit dem Zusatz: „Habe 120 DM zur Unterstützung überwiesen.“ Dirk Heinz aus Burbach bezahlte für sein Jahressabo gleich 100 DM. VORAN-Unterstützer in Wiesbaden machen ein Lesertreffen, auf dem 104,70 DM zusammenkamen. Unterstützer in Bremerhaven verkaufen „Nazis Raus“-Buttons für 69,70 DM und bekamen eine Spende über 30 DM. Eine weitere Spende kam von Holger Wulf aus Lübeck über 13 DM, und Kai Knoff, ein Schütler aus Stuttgart, spendete 5 DM.

Spendenkonto:
VORAN, Postgironoamt Esser
BLZ 36010043
Kto.-Nr. 250059-430

Insgesamt erhielten wir bis Redaktionsschluss 6071 DM für das erste Quartal, bei einem Ziel von 40.000 DM. Mit diesem Geld werden wir die Zeitung weiter ausbauen und außerdem unsere Veranstaltung am 16.4. vorbereiten können.

Gert Mähne, Köln, Internat.

Wir hier unten

die Grenze zu schmuggeln, vorbei an seinem Dienstherrn, vorbei am Fiskus? Wollte er etwa die fällige Mehrwertsteuer hinterziehen? Weit gefehlt! Der ehrliche Carl-Heinz Carl (nebenbei Leiter der CDU-Betriebsgruppe im Finanzministerium) hat seinen Goldschatz irgendwo in der BRD erworben und selbstverständlich vorschriftsmäßig versteuert. Leider vergaß er ihn vollkommen und fuhr ihn seither in seinem Wagen spazieren. Hat nicht jeder von uns schon mal etwas vergessen?



Aber die allzu pflichtbewußten Zöllner wollten ihm einfach nicht glauben. Höhere Stellen belehren die Ungläubigen Gott sei Dank eines Besseren. Freigeigbig wie er nun mal ist, versteuerte Carl die Goldmünzen erneut, das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt.

Allerdings gelang es seinem Freund Stoltenberg nicht, ihn zum Chef aller der zweifelnden Zöllner im Bundesgebiet zu befördern. Aber die Gerechtigkeit hat letztlich doch ge-

Post

Nur ein Streik kann Schwarz-Schilling stoppen

„Wir müssen stark werden ohne je unsere Zärtlichkeit zu verlieren.“ (Che)

Unter diesem Motto stand die Bezirksjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaftsjugend des Bezirks Franken, die vom 23.-27. Januar auf der Burg Feuerstein stattfand.

Die etwa achtzig Jugendlichen setzten sich in den ersten drei Tagen des Vorschaltseminars mit den Problemen in den verschiedenen Ausbildungsberufen der Deutschen Bundespost und schwerpunktmäßig mit der Thematik „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ auseinander. Es wurde klar, daß wir es satt haben, unsere Zukunft von Unternehmen und Parteien profitorientiert fremdbestimmen zu lassen. Mit dieser Motivation gingen wir in die Konferenz hinein.

Gleich in den Begrüßungsreden waren die Fronten klar. Auf der einen Seite wir, die fortschrittliche Jugend, auf der anderen der „Bremsklotz der Jugend“, die Erwachsendengremien, vertreten durch einige Mitglieder des Bezirksvorstandes (BV).

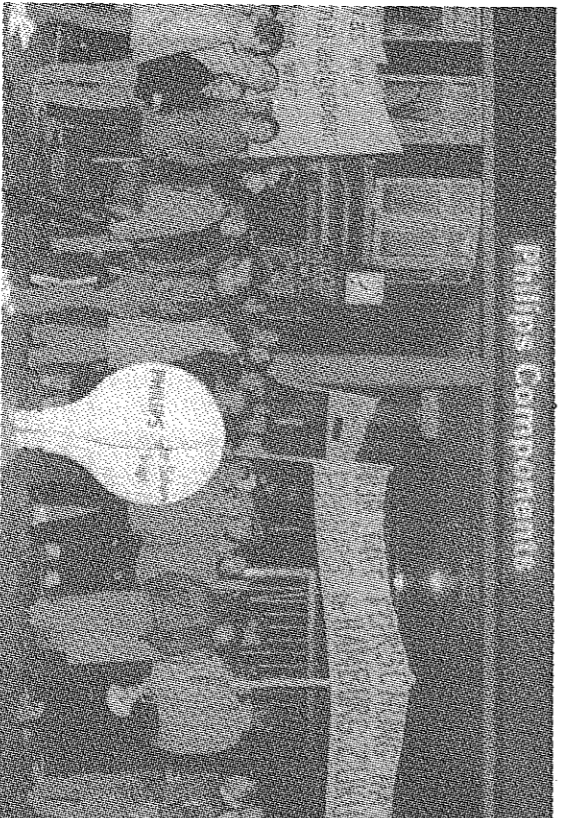
Philipskonzern

Widerstand international organisieren!

Nachdem die klassischen Bereiche der Schwerindustrie (Stahl, Kohle, Werteln) immer mehr abgebaut wurden, setzt so manche Stadt auf die neue Branche, die Wachstum verspricht: High Tech.

So auch in Hamburg: Mit massiven Subventionen von 100 Millionen DM wurde hier der Philips-Konzern be-
dacht, um ca. 350 Arbeitsplätze im High-Tech-Bereich zu schaffen.

Aber der Traum von Silicon Vally platzte schon, bevor er Wirklichkeit wird. Seit Ende November wissen z.B. die Kollegen vom Philips-Forschungs-



Die Belegschaft des Philips-Forschungslabors in Hamburg wehrt sich gegen die geplante Schließung.

labor, daß ihre Abteilung dicht gemacht wird.

Sie sind nicht die einzigen im großen, international verzweigten Philips-Konzern, die der Rationalisierungsbesen weglagt: Allein im Jahr 1988 hat der Konzern weltweit 20.000 Arbeitsplätze vernichtet. Heute arbeiten noch 340.000 Beschäftigte für den Multis, allerdings ist europaweit eine Verringerung der Fabriken von 170 auf 100 geplant.

Konzentration

Der Hintergrund: Der Konzern niederländischen Ursprungs will seine Position auf dem Weltmarkt verstärken, besonders im Dollarraum (USA und Südostasien). Außerdem soll eine Konzentration erfolgen, sowohl was die Produktionsbereiche angeht als auch was Produktions-, Forschungs- und Verwaltungsstätten angeht.

Philips will sich in Zukunft vor allem auf die Bereiche Licht, Unterhaltungselektronik und Bauelemente konzentrieren. Das erklärt auch das starke Interesse am Projekt EG-Bin-

Wir setzen uns zur Wehr -

der Postler-
Streik muß her!

durch Schulungen usw. Die Mitglied-

schaft muß in jeder Hinsicht auf Streik-

maßnahmen vorbereitet werden. Dazu gehört unter anderem der Aufbau eines Spendenfonds.

Es muß deutlich gemacht werden, daß die Opfer, die der jetzige Kampf verlangt, nichts sind gegen die Verluste, die die Masse der Beschäftigten und Verbraucher hinnehmen muß, falls

gebnis akzeptiert wurde, in dem den Mitarbeitern in Leuven nach der Schließung in einem halben Jahr noch eine Abfindung in Höhe von 2 Jahresgehältern zugesagt wurde.

Die Hamburger Kollegen stehen am Beginn ihres Kampfes. Sie versuchen, über Demonstrationen, Infokände und andere Öffentlichkeitsarbeit Politiker, andere Betriebe und die Bevölkerung über ihre Lage zu informieren und deren Unterstützung zu erhalten.

Druckindustrie

Harter Arbeitskampf möglich

Auch in der Druck-Industrie laufen die Angriffe der Unternehmer auf die Ernungsmenschen der Arbeiter auf Hochtouren. Sie kündigten den Mantel-

tarifvertrag, in dem besonders die „Besetzungsregeln“ ihnen ein Dorn im Auge sind.
In diesen Regeln werden hauptsächlich zwei Bereiche festgeschrieben:
1. Was ist Facharbeit und wem ist sie zu übertragen?
Mit der Aufkündigung dieser Bestimmung geht es den Unternehmen um die Senkung von Löhnen. Denn durch die Zerschlagung der Facharbeit sinken die Eingruppierungen. Gleichzeitig wird die Konkurrenz um Hilfsstellen wachsen, was auch hier Lohnrückerei erleichtern würde. Es würden weniger Facharbeiter ausgebildet werden, die Arbeit für die Kollegen würde zergliedert und damit ein-
töniger.
2. Wieviele Hilfs- und Fachkräfte sind an einzelnen Maschinen zu beschäftigen?

Diese Bestimmung sichert nicht nur die Arbeitsplätze, sondern schützt die Arbeiter auch vor Überforderung und gesundheitlichem Verschleiß.

Berufskrankheiten

Und das ist wahrlich nötig. Heute ist schon jeder zweite Rentner wegen Beruf- bzw. Erwerbsunfähigkeit vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausgeschieden. Die Berufskrankheiten haben deutlich zugenommen. Gerade auch im Druckbereich sind Lärm-, schwerhörigkeit und Hauterkrankungen an der Tagesordnung. Vor allem aber auch die Arbeit mit Lösungsmitteln stellt eine große gesundheitliche Bedrohung dar.

In Dänemark zeigte eine Untersuchung des Lösungsmittels Toluol, das auch in der BRD verwendet wird, folgende schädigende Wirkungen auf: Kopfschmerzen, Schwindel, Beeinträchtigung des Gleichgewichtssinnes, Konzentrations- und Gedächtnisstö-

Schwarz-Schilling mit seinen Plänen durchkommt.

2. Verteilung von Informationsblättern oder -broschüren an alle Haushalte. Darin soll erklärt werden, daß die Politik von Schwarz-Schilling auch gegen das Interesse der Masse der Haus-

halte ist und Kampfmaßnahmen der DPG auch in ihrem Interesse sind. Die privaten Haushalte sollen aufgefordert werden, sich mit der DPG zu solidarisieren. Es soll ein Spendenkonto angegeben und um Spenden gebeten werden für die geplanten Kampfmaßnahmen.

3. Alle DGB-Gewerkschaften und die SPD sollen aufgefordert werden, auf allen Ebenen ihrer Organisationen (angefangen bei Ortsvereinen, Betriebsgruppen etc.) über die Angriffe Schwarz-Schillings zu informieren. Die DPG muß Referenten anbieten. Ziel muß sein, sich die moralische und finanzielle Unterstützung dieser Organisation zu sichern.

4. Am Samstag vor der letzten Lesung des Poststrukturgesetzes im Bundestag soll eine zentrale Demonstration in Bonn stattfinden. Spätestens hier

Ein großes Hindernis im Kampf der Beschäftigten des Konzerns besteht in mangelnder bis fehlender gewerkschaftlicher Zusammenarbeit. So hat der Konzern allein in Hamburg 4 Fabriken, 6 Vertriebsorganisationen und die Zentrale für die Bundesrepublik. Und noch nicht einmal hier arbeitet der IGM-Vertrauenskörper im Moment zusammen.

Wenn wir uns erfolgreich gegen die Pläne der Multis wehren wollen, muß

das anders werden. Die Belegschaften national und international müssen am gleichen Strick ziehen, sonst werden wir skrupellos gegeneinander ausgespielt. Die IG Metall hat die nationalen und internationalen Strukturen, sie müssen nur endlich richtig genutzt werden. Wir müssen dem Europa der Konzerne ein Europa der Arbeiter entgegenhalten.

Barbara Kirsbaum, Köln
SPD- und ötv-Mitglied

Wenn wir uns erfolgreich gegen die Pläne der Multis wehren wollen, muß das anders werden. Die Belegschaften national und international müssen am gleichen Strick ziehen, sonst werden wir skrupellos gegeneinander ausgespielt. Die IG Metall hat die nationalen und internationalen Strukturen, sie müssen nur endlich richtig genutzt werden. Wir müssen dem Europa der Konzerne ein Europa der Arbeiter entgegenhalten.

Wenn wir uns erfolgreich gegen die Pläne der Multis wehren wollen, muß das anders werden. Die Belegschaften national und international müssen am gleichen Strick ziehen, sonst werden wir skrupellos gegeneinander ausgespielt. Die IG Metall hat die nationalen und internationalen Strukturen, sie müssen nur endlich richtig genutzt werden. Wir müssen dem Europa der Konzerne ein Europa der Arbeiter entgegenhalten.

Kampfbereitschaft

Mit dem Hinweis auf den europäi- schen Binnenmarkt versuchen die Unternehmer auch im Druckbereich, die Arbeitszeit zu flexibilisieren. Ein Beispiel zeigt, wie das läuft: In einer Druckerei in Frankreich wurde die 6-Tage-Produktion eingeführt mit dem Argument der Konkurrenz der bunn- desdeutschen Tiefdrucker. Für die BRD wird das Argument einfach um-

muß der Regierung offen mit Streik gedroht werden, falls sie das Gesetz verabschiedet.

5. Falls sich die Bundesregierung durch diese Aktion nicht von ihren Plänen abbringen läßt, sind Streikmaßnahmen zu organisieren. Um die Einheit der Belegschaft zu wahren und um eine möglichst große Effizienz zu erreichen, sind alle Beschäftigten in Streikmaßnahmen einzubeziehen.

6. Nach Verabschiedung des Gesetzes begründen wir unsere Maßnahmen auf das Recht des politischen Demonstrationstreiks. Wir verweisen auf das Grundgesetz Artikel 5 und Artikel 8, „Versamlungs- und Meinungsfreiheit“, die auch von Beamten wahrgenommen werden dürfen. Die Mitglieder müssen über die sie betreffenden Folgen der Maßnahmen aufgeklärt werden.

In der Debatte zeigte sich, daß es immer noch ein paar Kollegen gibt, die das Wort Streik nicht in den Mund nehmen wollen. Dies hatte zur Folge, daß man die Streikforderung in dem dann beschlossenen Antrag mit der Lupe suchen muß.

Um auch in der Friedenspolitik Position zu beziehen, stellen wir den Antrag, Aufklärungspolitik in Sachen „Ausstieg aus der Nato“ zu betreiben. Ferner setzen wir uns für ein sofortiges Verbot militärischer Tiefflüger ein. Der während der Bezirksjugendkonferenz neu gewählte Bezirksjugendausschuß hat nun die Aufgabe, die politischen und gesellschaftlichen Ziele der Jugend umzusetzen.

Roswitha Sauer, Pavel Urban,
Silvia Schwarz, Nürnberg,
Mitglieder der DPG-Jugend

gedreht.

Hier fordert die Gewerkschaft die Festschreibung der 5-Tage-Woche Montag bis Freitag (außer bei Tageszeitungen) und weitere Wochenarbeitszeitverkürzung.

Es werden 6,3% mehr Lohn gefordert. Auch sollen die Lohnverluste durch die Steuerreform durch höhere Zuschläge wieder ausgeglichen werden.

Bisher sind die Unternehmer hart geblieben. Aber die Kollegen wissen, was für sie auf dem Spiel steht. In Protestaktionen (Überstundenverweigerung und Warnstreiks) im ganzen Bundesgebiet haben sie ihre Kampfbereitschaft gezeigt. Zur Durchsetzung aller Forderungen, die sich die IG Druck und Papier auf die Fahnen geschrieben hat, ist eine breite Mobilisierung und möglicherweise sogar ein harter Arbeitskampf notwendig - vielleicht sogar ein bundesweiter Vollstreik.

Andreas Pagé, Köln, Jungsozialist
Mitglied der IG Druck und Papier



Im Druckbereich wird mit vielen gesundheitsgefährdenden Stoffen gearbeitet. Hier fordert die Gewerkschaft mehr Mitbestimmungsrechte.

VORAN

Stoppt die Rechtsextremisten Sozialistische Offensive nötig!

Nach den Wahlerfolgen der DVU-Liste D in Bremen und Baden-Württemberg und den 7,5% der rechtsextremen „Republikaner“ bei den Berliner Wahlen herrsche allgemeine Bestürzung. Einige Linke fühlen sich in ihrer Auffassung bestätigt, daß die deutsche Arbeiterklasse in Zeiten der Krise nach rechts gehen würde.

Mit großangelegten Kampagnen werben die extrem rechten Parteien um Wählerstimmen. Der Wahlkompletat der DVU-Liste D (einer Vereinigung aus DVU und NPD) für die Europawahlen beträgt mehr als FDP und Grüne zusammen veranschlagt haben: über 18 Mio. DM!

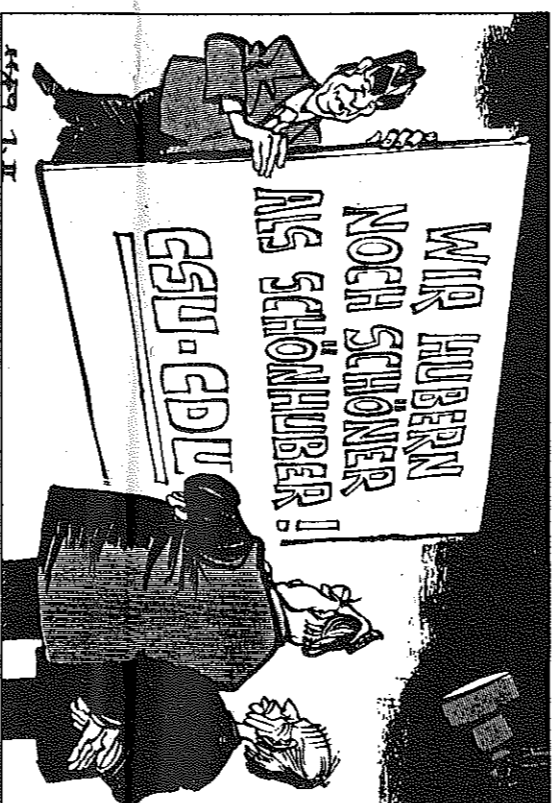
In ihrem Propagandamaterial setzen sie vor allem bei den Wählern an, die sich von den anderen Parteien enttäuscht sehen. Mit ausländerfeindlichen Parolen knüpfen sie an bestehende Vorurteile an. Bei den Europawahlen könnten sie durchaus erneut die 5% überschreiten.

Suche nach radikalen Lösungen

Es ist jedoch Vorsicht geboten vor zu schnellen Schlüssen. Der Zustrom zur extrem Rechten, die immer noch stark zersplittert ist, nährt sich aus verschiedenen Quellen. Eine gemeinsame Ursache ist jedoch die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden und die Suche nach einer radikalen Lösung. Die meisten ihrer Wähler sind keine eingefleischten Nazis, sondern fühlen sich von den „alten Parteien“ enttäuscht.

Solange keine klaren Antworten auf die brennenden sozialen Fragen angeboten werden (und diese kann nur die SPD geben), sondern selbst in

wenn zuvor die SPD versagt hat. Auch in Frankreich konnte die Front National Le Pens erst nach dem Versagen der SP/KP-Regierung von 1981-86 anwachsen. In seiner Hochburg Marseille war ein Zustrom erst nach dem Rückzug der beiden Arbeiterparteien aus den verfallenen Stadtteilen möglich, in denen sich Arbeitslose und Jugendliche ohne jede Perspektive dann nach anderen, vermeintlich radikaleren Lösungen umsahen. Aber schon bei den nächsten Kommunalwahlen



„Unser nächster Wahllogan, ein genialer Einfall von meinem Generalsekretär!“

hatte die Nationale Front wieder über die Hälfte an Stimmen verloren. Die Rechtsextremen werden von der herrschenden Klasse wohlwollend geduldet, sogar teilweise finanziert. Das sieht man zum Beispiel an den Verfassungsschutzberichten, der Zurückhaltung staatlicher Organe gegenüber Rechtsextremen (jüngstes Beispiel: Die Waffenfunde bei dem Neonazi Michael Kühnen) oder auch der Stundung von Steuern und der Zuerkennung von Gemeinnützigkeit. Die Rechtsradikalen dienen zur Ein-

schüchterung und zur Rechtfertigung von „Recht- und Ordnung“-Politikern. Man darf das Problem nicht verharmlosen. Viele der über vier Millionen ausländischen Mitbürger sind vor rechtsextremistischen Schlägertrupps bedroht und müssen von der organisierten Arbeiterbewegung verteidigt werden.

Gegenwehr organisieren

Es ist die Aufgabe von Gewerkschaften und SPD, den Nazis das Wasser abzugraben. Das bedeutet, sie müssen einen Ausweg aus dem kapitalistischen Elend aufzeigen und für eine sozialistische Alternative mobilisieren.

Wo Nazis ihr Unwesen treiben, hilft nur organisierte Gegenwehr. Wo immer sie auftreten, müssen sie durch Gegenmobilisierung und Blockadeaktionen daran gehindert werden. Gewerkschaften und SPD müssen diese Widerstand organisieren. Wo die SPD die Mehrheit in den Gemeinden und Städten hat, muß sie Nazi-Aufritt verhindern. Es darf keine Vermittlung von öffentlichen Räumen und Plätze für Nazis geben. Wenn nötig, müssen gewerkschafts- und SPD-eigenen Selbstschutzgruppen aufgestellt werden, um alle bedrohten Veranstaltungsorten, Demonstrationen, Personen und Gebäude gegen faschistische Übergriffe zu verteidigen.

Ulf Petersen, Bremen
Jungsozialist

Frieden durch Sozialismus

Profitinteresse contra Abrüstung

Über ein Jahr ist es her, daß USA und UdSSR den INF-Vertrag unterzeichnen und sich zur Verschröpfung landgestützter Mittelstreckenraketen verpflichtet. 3% des Atomwaffenpotentials wird durch den INF-Vertrag abgerüstet. Das heißt, daß mit dem noch vorliegenden Atomwaffenpotential die Welt „nur noch“ 19mal vernichtet werden kann, statt bisher 20mal.

Von einem durchschlagenden Erfolg konnte also von Anfang an keine Rede sein. Und vor allem: Der Vertrag wird mit neuen Waffen unterlaufen. Bereits 1983 fällt die NATO die Entscheidung zur Entwicklung neuer Waffensysteme. Es geht dabei um die dreifache Zahl von Atomraketen, wie Anfang der 80er Jahre bei den Mittelstreckenraketen. Unter der schneidenden Bezeichnung der „Modernisierung“ verbirgt sich ein gigantisches Aufrüstungsprogramm. Auch die Produktion von biologischen und chemischen Waffen geht ungebrochen weiter - unter Beteiligung der BRD und trotz Verboten.

Kapitalismus heißt Krieg

Fazit: Der Kapitalismus kann es sich nicht leisten, abzurüsten. Rüstung und Krieg ist die Fortsetzung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes mit militärischen Mitteln. Hinzu kommt, daß in Zeiten des Niedergangs des Kapitalismus der Rüstungssektor große Bedeutung für die Kapitalverwertung bekommt. In allen bedeutenden kapitalistischen Staaten ist ein riesiger militärisch-industrieller Komplex entstanden, der ein handfestes Eigeninteresse an der Rüstungsproduktion hat.

Für die Aktivisten und Anhänger der Friedensbewegung stellt sich heute die Frage, wie eine weitere Hochrüstung verhindert werden kann. Für die Beseitigung der Mittelstreckenraketen war eine riesige Kraftanstrengung nötig, und die Raketen werden nur deshalb beseitigt, weil sie sowieso technisch überholt sind.

Um die Regierungsmaßnahmen zu zwingen, müßten Generalstreiks statt-



Einige SS-20 werden verschrottet - jetzt kann die Welt nur noch 19 mal vernichtet werden.

finden. Aber selbst dann sind nur vorübergehende Zugeständnisse zu erreichen. In jedem Fall müßte der Kampf von der organisierten Arbeiterklasse geführt werden. Arbeiterklasse und Jugend können

Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.

- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung ...
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte Vertreter der Gewerkschaft und des Staates, die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

sich aber nicht auf eine Ein-Punkt-Bewegung wie die Friedensbewegung konzentrieren und schon gar nicht in einer Zeit, wo sie tagtäglich von Unternehmen und Staat in allen Bereichen angegriffen werden. Im Moment steht der Kampf um einen besseren Lebensstandard, um Arbeitsplätze, Verbesserungen im Bildungswesen mehr im Vordergrund.

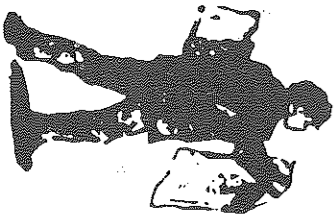
Das ist kein Nachteil für den Kampf um Frieden. Im Gegenteil. Der Kampf der Arbeiterklasse für ihre Interessen macht den Klassengegensatz in unserer Gesellschaft deutlich und wird bei immer mehr Jugendlichen und Arbeitern zu dem Bewußtsein führen, daß wir eine andere Gesellschaft brauchen. Und eine andere Gesellschaft - eine sozialistische - ist gerade im Interesse von Frieden und Abrüstung notwendig.

Sozialistisches Programm

Wir müssen in den Arbeiterorganisationen um Mehrheiten für ein sozialistisches Programm kämpfen. Die SPD-Bundestagsfraktion ging mit ih-

Ich möchte

- VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
- VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)



- VORAN abonieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
- VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name:

Anschrift:

Telefon:

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/ 134504

Name, Anschrift, Telefon:

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postgriocamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Konto-Nr. 250059-430